



Sozialprogramm der Stadt Linz 2021

Impressum

Herausgeberin:

Stadt Linz

Redaktion:

Mag.^a Beate Gotthartsleitner

Wissenschaftliche Begleitung:

Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher

Johannes Kepler Universität Linz

Mag. Dieter Daume und Mag.^a Sandra Rigler

Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung

Mag.^a Drⁱⁿ Daniela Wetzelhütter

Fachhochschule OÖ

Druck:

PZS/Druckerei 08/2021

Inhalt

I.	Vorwort	5
II.	Einleitung	6
III.	Bevölkerungsentwicklung	8
IV.	Wissenschaftliche Begleitung	10
	Literaturreview Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung: „Lebensstadt Linz. Literaturreview zur Entwicklung des Sozialprogramms 2020“	10
	Forschungsauftrag Fachhochschule Oberösterreich: „Linzer Sozialprogramm 2020. Empirische Grundlage für die Stadt Linz“	11
	Studierendenprojekt Fachhochschule Oberösterreich: „Linz-Sozial 2020. Soziale Herausforderungen und Lösungswege ausgewählter Zielgruppen“	12
V.	Ziele, Aufgaben und Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik	13
VI.	Soziale Innovationen als Impuls zur Planung des Linzer Sozialprogramms	18
	Charakteristika von sozialen Innovationen	19
VII.	Der Weg zum Sozialprogramm	20
VIII.	Das Linzer Sozialprogramm 2021	26
	Kapitel 1 Familie und Kinder	27
	Betreuung, Prävention und Elternarbeit	28
	Kapitel 2 Kinder und Jugendliche	31
	Prävention und Beratung in der Freizeit	32
	Freizeit und Sport	34
	Kapitel 3 Jugendliche und Jungerwachsene	35
	Schule und Beruf	36
	Kapitel 4 Ältere und Betagte	39
	Pflege und Betreuung	40
	Freizeit und Mobilität	44
	Kapitel 5 Von Ausgrenzung und Armut gefährdete Personen	47
	Menschen mit Beeinträchtigungen	48
	Finanzielle Probleme	49
	Obdachlosigkeit und (Sucht-)Erkrankungen	50
	Kapitel 6 Arbeit und Beschäftigung	53
	Kapitel 7 Wohnen und Wohnumfeld	55
	Stadtteileben und Sozialraum	56
	Kapitel 8 Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit	59
	Kapitel 9 Kooperationen und Netzwerke	63
	Kapitel 10 Soziale Innovationen	65
	Literatur	70

Vorwort

Zehn Jahre sind seit dem Beschluss des letzten Linzer Sozialprogramms vergangen. Seither haben sich sowohl die Bevölkerungsstruktur der Landeshauptstadt als auch die Herausforderung an die kommunale Sozialpolitik verändert. In einem zweijährigen Entwicklungsprozess unter Einbindung von Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Expertinnen und Experten aus sozialen Einrichtungen ist ein neues Linzer Sozialprogramm entstanden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass sich die Linzerinnen und Linzer auf ein dichtes soziales Netz verlassen können, besonders, jedoch nicht nur in Krisenzeiten. Sie hat uns gleichzeitig auch zentrale Handlungsfelder in der kommunalen Sozialpolitik aufgezeigt. Aus diesem Grund war die Entscheidung, die Beschlussfassung des Sozialprogramms von Herbst 2020 auf Frühling 2021 zu verschieben, eine wichtige und richtige. Dadurch konnten die Auswirkungen und Erfahrungen der Krise und mögliche Lösungsansätze noch in das neue Linzer Sozialprogramm aufgenommen werden.

Unser Dank gilt den Mitgliedern der im Linzer Gemeinderat vertretenen Parteien, die sich intensiv in die Workshops der Arbeitsgruppen eingebracht haben. Ebenso den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, der als zentrales Steuerungselement die Entstehung des Sozialprogramms begleitet hat.

Für die wissenschaftliche Begleitung bedanken wir uns bei Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher, Johannes-Kepler-Universität Linz. Er hat bereits beim Sozialprogramm 2011 mitgewirkt und stellt somit eine Konstante in der Zusammenarbeit zwischen der Sozialpolitik der Stadt Linz und der Wissenschaft dar. Weiters danken wir Mag. Dieter Daume und Mag.^a Sandra Rigler vom Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung für die wissenschaftliche Aufarbeitung sowie für die Begleitung der Workshops mit den Expertinnen und Experten. Für die gute Zusammenarbeit mit der Fachhochschule OÖ geht unser Dank an Frau FH-Assistenzprof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Daniela Wetzelhütter und ihrem Team für die Durchführung der Befragung unter den Einrichtungen. Ebenso danken wir den Studierenden der Fachhochschule, die unter herausfordernden Bedingungen ihr Forschungsprojekt erfolgreich abgeschlossen haben.

Wir bedanken uns bei allen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung wie auch aus den sozialen Einrichtungen und Organisationen, die laufend in den Prozess eingebunden waren und ihre Expertise zur Verfügung gestellt haben.

Abschließend sei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Linz gedankt, die sich in den Arbeitsgruppen inhaltlich engagiert haben und jenen, die die Workshops moderiert und protokolliert haben. Ebenso danken wir dem Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Familie und Sport wie auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unseren Büros, die den Entstehungsprozess begleitet und koordiniert haben.

Das durch die Zusammenarbeit vieler Beteiligten vorliegende Linzer Sozialprogramm ist ein Grundsatzbekenntnis zu zahlreichen bestehenden Leistungen der Landeshauptstadt sowie ein Programm zur künftigen strategischen Ausrichtung der Linzer Sozialpolitik. Die Fokussierung auf soziale Innovationen steht dabei im Mittelpunkt. Mit dieser Orientierung will das Sozialprogramm Bewährtes aus der Vergangenheit unter Zuhilfenahme von technologischen Instrumenten aus Gegenwart und Zukunft sichern und verbessern. Gleichzeitig sollen auf künftige Herausforderungen neue und innovative Antworten gefunden werden.



Bürgermeister
Klaus Luger



Sozialreferentin, Vizebürgermeisterin
Karin Hörzing

Einleitung

Im November 2011 wurde das Linzer Sozialprogramm mehrheitlich im Gemeinderat beschlossen. Ein Großteil der Maßnahmen, die in den vier Kapiteln Lebens-Netze, Lebens-Räume, Lebens-Vielfalt und Lebens-Chancen, erarbeitet wurden, ist heute Teil der sozialpolitischen Leitlinien der Stadt Linz. Sie werden von den Linzerinnen und Linzern angenommen und als selbstverständlich erachtet.

In den vergangenen Jahren haben sich die Stadt Linz wie auch ihre Bevölkerung verändert und weiterentwickelt. Der Babyboom der frühen 2010er Jahre, sowie ein stetiger Zuzug führen dazu, dass Linz gewachsen ist und die Bevölkerungsmarke die Grenze von 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner überschritten hat. Gleichzeitig werden die Menschen immer älter. Während 1986 nur zwei Menschen 100 Jahre oder älter waren, so waren es zu Beginn dieses Jahres 54 Linzerinnen und Linzer. Die steigende Lebenserwartung bringt mit sich, dass Erkrankungen wie Demenz zunehmen und die stationäre wie auch die häusliche Pflege vor neuen Herausforderungen stehen.

Darüber hinaus hat sich Linz zum Ziel gesetzt, innovativste Stadt Österreichs zu werden. Dies bedeutet, dass auch soziale Innovationen Raum und Ressourcen haben müssen und diese einen Platz zu ihrer Entfaltung erhalten. Unter sozialen Innovationen sind dabei nicht nur technische Innovationen im Sozialbereich zu verstehen, sondern auch Projekte und Initiativen, die neue Wege der Erbringung sozialer Dienstleistungen beschreiten. Die Entwicklung sozialer Innovationen ist damit die strategische Ausrichtung des Sozialprogramms und wurde im Entstehungsprozess zum zentralen Leitgedanken der Erarbeitung.

Um diesen neuen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu begegnen, wurde am 11. April 2019 im Linzer Gemeinderat die Erstellung eines neuen Sozialprogramms beschlossen. Als wesentliche Ziele dafür wurden die Bewältigung demografischer Entwicklungen, Maßnahmen für ein gutes Zusammenleben aller, Digitalisierung im Sozialbereich sowie die Ermöglichung sozialer Innovationen festgelegt.

Das neue Sozialprogramm entstand in einem Entwicklungsprozess, in den aktiv Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wissenschaft und Forschung, Verwaltung, Vereinen und Organisationen eingebunden wurden. Der Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport übernahm im Entstehungsprozess die Funktion des Steuerungsgremiums. Die Erstellung einzelner Analysen, wie auch die wissenschaftliche Begleitung erfolgte in Kooperation mit der Johannes-Kepler-Universität Linz, vertreten durch Univ.-Prof. Dr. Bacher, dem Institut für Berufs- und Erwachsenenbildung sowie der Fachhochschule Oberösterreich.

Von der ursprünglichen Beschlussfassung des neuen Sozialprogramms im Herbst 2020 wurde aufgrund der Entwicklungen durch die Corona-Pandemie abgesehen. In Absprache mit dem Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport wurde daher entschieden, die Beschlussfassung auf Sommer 2021 festzusetzen. Den erarbeiteten Maßnahmen geht ein zweijähriger Prozess der Erstellung voraus, der eine breite Einbindung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Forschung, sozialen Einrichtungen und Institutionen, sowie Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung samt einem BürgerInnenbeteiligungsprozess ermöglichte.

Das vorliegende Sozialprogramm gibt zu Beginn einen Einblick in die Bevölkerungsentwicklung in Österreich und Oberösterreich und stellt die Linzer Entwicklung dazu in Bezug.

Der zweite Teil beinhaltet einen Überblick über die erfolgte wissenschaftliche Begleitung und schildert die einzelnen Publikationen, die als Basis zur weiteren Arbeit dienten. Auf eine vollständige Wiedergabe wurde aufgrund der Ausführlichkeit und Länge der wissenschaftlichen Arbeiten verzichtet, sie werden aber auszugsweise im Sozialprogramm wiedergegeben. In der Vollständigkeit stehen sie auf der Homepage der Stadt.

Die Ziele, Aufgaben und Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik werden im anschließenden Kapitel kurz umrissen. Im Anschluss daran wird auf soziale Innovationen als Impuls zur Planung des Linzer Sozialprogramms eingegangen und wesentliche Charakteristika von sozialen Innovationen dargestellt. Beide Kapitel wurden als Zusammenfassung des Prozesses nach der Beschlussfassung im Gemeinderat am 27. Mai durch Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher, Mag. Dieter Daume und Mag.^a Sandra Rigler noch um zentrale Punkte ergänzt.

Schließlich wird der Weg zum Linzer Sozialprogramm 2021 dargestellt und die einzelnen gesetzten Schritte werden erläutert und beschrieben.

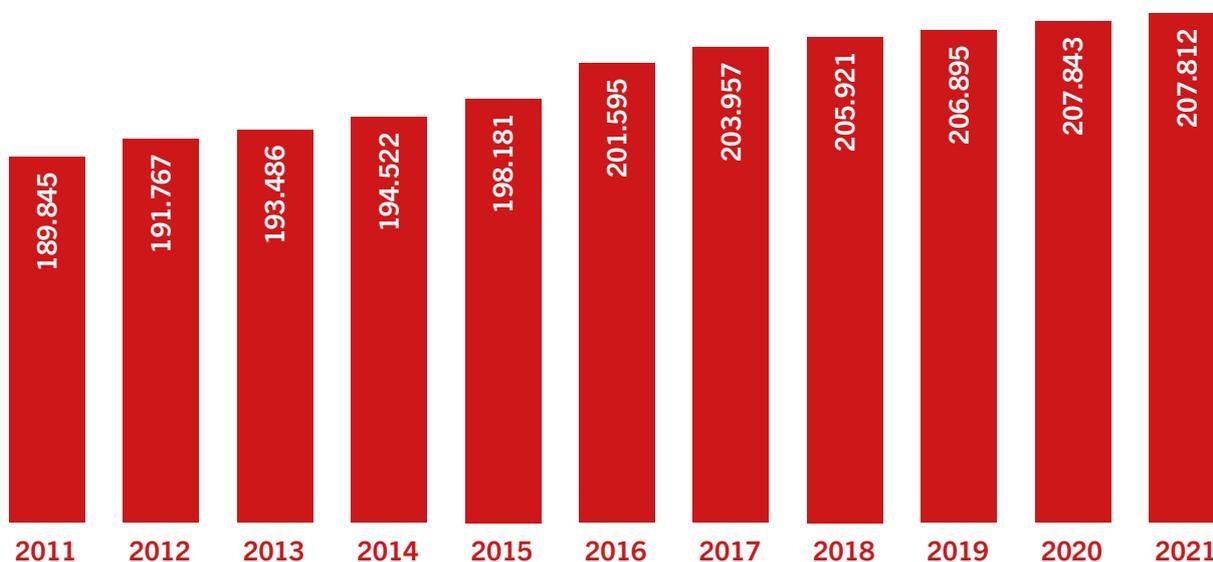
Kernstücke des vorliegenden Sozialprogramms sind soziale Innovationen und die dahinterliegende strategische Ausrichtung bzw. die erarbeiteten Maßnahmen, die in zehn Kapitel unterteilt sind. Die jeweiligen Kapitel beinhalten dabei in erster Linie Maßnahmen, die von der Stadt Linz als zuständige Stelle in ihrem eigenen Kompetenzbereich umgesetzt werden können. In zweiter Linie werden zudem Maßnahmen summiert, die andere Kompetenzbereiche betreffen und daher nicht von der Landeshauptstadt umgesetzt oder finanziert werden können. Auch diese Ideen müssen aber im Linzer Sozialprogramm Raum finden, da sie wesentlich die Sozialpolitik der Stadt Linz beeinflussen und gestalten.

Bevölkerungsentwicklung

Seit 2007 ist ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum in Österreich zu verzeichnen. Im Zeitraum 2007 bis 2019 ist die österreichische Bevölkerung von 8.282.984 zu Jahresbeginn 2007 auf 8.858.775 Personen zu Jahresbeginn 2019 angestiegen (+6,95%). In Oberösterreich wächst die Bevölkerung ebenfalls kontinuierlich, wobei der prozentuelle Anstieg mit 5,59% im selben Zeitraum etwas geringer ausfällt. Am höchsten ist der Anstieg in Linz¹.

Die in Linz mit Hauptwohnsitz gemeldete Bevölkerung ist im Laufe der letzten zehn Jahre um insgesamt 9,46 % gestiegen. Zu Beginn des Jahres 2021 zählte Linz 207.812 EinwohnerInnen².

Bevölkerungsentwicklung Stadt Linz



Quelle: Stadtforschung Linz

Ein vergleichsweise hoher Anstieg ist vom Jahr 2014 auf das Jahr 2015 sowie vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 zu verzeichnen. Vom Jahresbeginn 2015 bis zum Jahresbeginn 2016 ist die Bevölkerung in Österreich um 1,35% und in Oberösterreich um 1,16% gewachsen. In Linz liegt der Zuwachs bei 1,72%, war allerdings im Jahr zuvor mit einem Anstieg von 1,88% sogar noch höher. Diese Entwicklungen lassen sich sowohl auf den Anstieg bei der Zuwanderung im Zuge der Flüchtlingsströme im Jahr 2015 als auch auf einen Anstieg der Geburten zurückführen³.

Ab dem Jahr 2013 bis 2016 ist zudem ein Aufwärtstrend bei den Geburten in Oberösterreich feststellbar. Seitdem ist wieder ein Rückgang der Geburten zu verzeichnen. Die Entwicklung der bundesweiten Geburten zeigt dabei ein ähnliches Bild. Anders erweist sich die Entwicklung in Linz: Auch im Jahr 2017 ist hier ein Zuwachs bei den Geburten im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Im Allgemeinen lässt sich für Linz

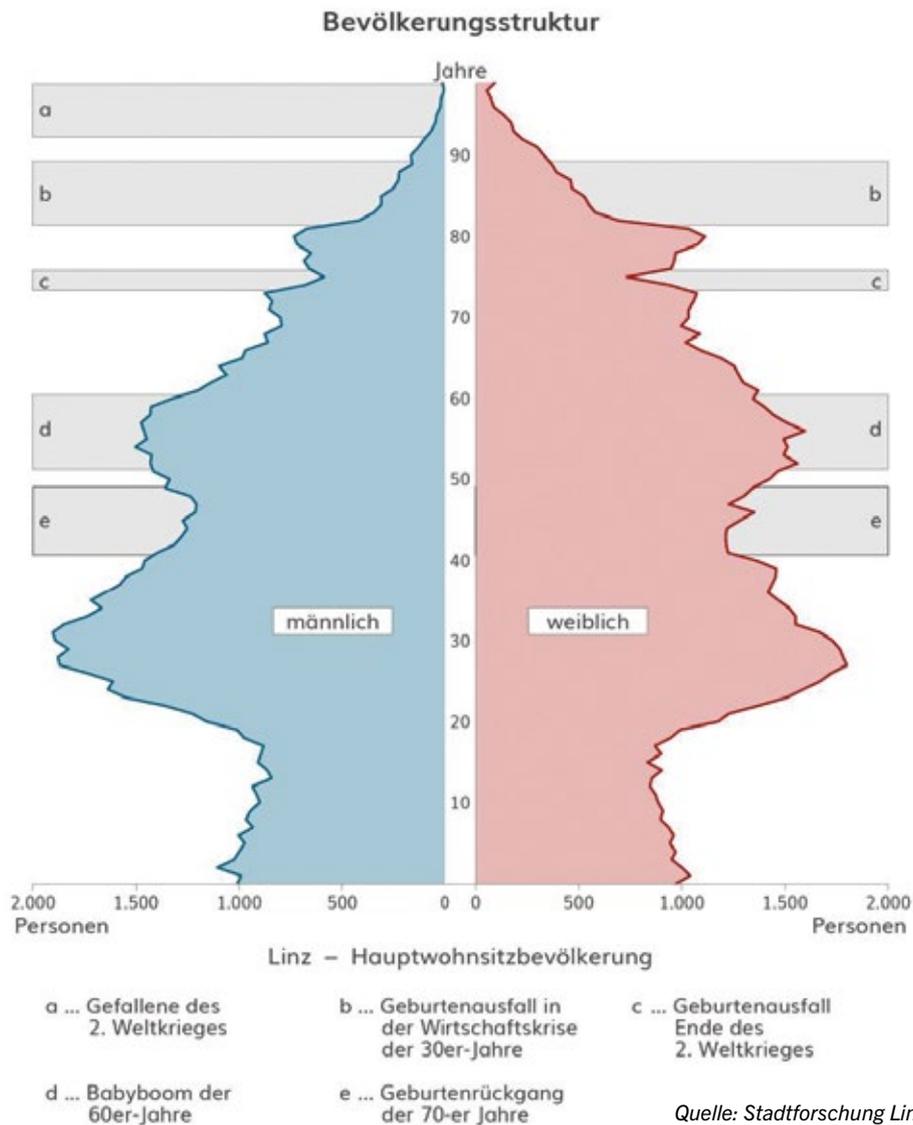
¹ IBE 2019, S. 12

² Stadtforschung Linz, www.linz.at

³ IBE 2019, S. 12

seit 2013 eine positive Geburtenbilanz feststellen (Bilanz der Geburten und Sterbefälle). Mit einem Geburtenüberschuss von 200 wurde 2017 der zweithöchste Wert seit mehr als vier Jahrzehnten erreicht⁴.

Zur Betrachtung der Altersstruktur innerhalb einer Bevölkerung eignet sich die Darstellung anhand der sogenannten „Bevölkerungspyramide“. Für Österreich und Oberösterreich zeigt sich jeweils ein geringerer Anteil von jüngeren Jahrgängen (unter 25 Jahren) bei einem erhöhten Anteil von Personen im Alter von 50-60 Jahren (aufgrund des „Baby-Booms“ der 1960er Jahre). Für Linz stellt sich die Bevölkerungspyramide wie folgt dar:



Aktuelle Zahlen und Daten zur Linzer Bevölkerung, wie etwa Bevölkerungsentwicklung, Geburten, Todesfälle, Wanderungsbewegungen, Bevölkerungsstruktur und Altersverteilung, sowie räumliche Verteilung der Linzer Bevölkerung finden sich aktuell auf der Homepage der Stadt Linz unter www.linz.at/zahlen.



⁴ IBE 2019, S. 13

Wissenschaftliche Begleitung

Für die Entwicklung des neuen Sozialprogramms 2021 wurde eine wissenschaftliche Begleitung durch Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher vom Institut für Soziologie der Johannes-Kepler-Universität Linz, das Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung (IBE) und die Fachhochschule Oberösterreich (Fakultät für Medizintechnik und Angewandte Sozialwissenschaften) in Auftrag gegeben. Im Rahmen dessen wurden als wissenschaftliche Aufarbeitung folgende drei Expertisen erarbeitet, die in weiterer Folge in das Linzer Sozialprogramm 2021 eingeflossen sind.

Literaturreview Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung: „Lebensstadt Linz. Literaturreview zur Entwicklung des Sozialprogramms 2020“

Ein Teil dieser wissenschaftlichen Begleitung ist ein Literaturreview, der vom IBE unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Bacher verfasst wurde. Ziel war eine systematische Aufbereitung neuerer sozialwissenschaftlicher Literatur. Dazu wurden Publikationen zu möglichen Gestaltungsprinzipien des neuen Sozialprogramms 2021 recherchiert und zentrale Erkenntnisse daraus kompakt für eine weiterführende Diskussion aufbereitet. Besonders im Fokus standen soziale Innovationen, die als Orientierung für die Entwicklung des Sozialprogramms dienen können. Zudem wurden als Leitgedanken, die für den im Sommer 2019 initiierten Entwicklungsprozess als relevant erachtet werden, mehrere Gestaltungsprinzipien im Literaturreview beleuchtet:

- Zielgruppenorientierung
- Sozialraumorientierung
- Nachhaltigkeit
- BürgerInnennähe
- Zivilgesellschaftliches/ freiwilliges Engagement
- Kooperation und Koordination/ Netzwerke
- Wirkungsorientierung und Evidenzbasierung⁵

Der vollständige Bericht zum Literaturreview ist auf der Homepage der Stadt Linz abrufbar. Im vorliegenden Sozialprogramm werden nur ausgewählte Passagen des Literaturreviews übernommen.

⁵ IBE 2019, S. 5

Forschungsauftrag Fachhochschule Oberösterreich: „Linzer Sozialprogramm 2020. Empirische Grundlage für die Stadt Linz“

Die FH OÖ wurde von der Stadt Linz mit einem empirischen Forschungsprojekt beauftragt. Im Zuge dessen wurden die Erfahrungen, Einschätzungen und Sichtweisen von Expertinnen und Experten mit Blick auf soziale Innovationen und von Verantwortlichen sozialer Einrichtungen mit Fokus auf deren Zielgruppen, Aufgaben und Potenziale erfasst. Folgende Forschungsziele definierten den Auftrag:

- I. Erfassung sozialer Innovationen aus Sicht von Expertinnen und Experten
- II. Charakterisierung der Zielgruppen sozialer Einrichtungen
- III. Aufzeigen der Möglichkeiten sozialer Einrichtungen zur Begegnung sozialer Probleme
- IV. Skizzierung der Zusammenarbeit mit anderen sozialen Einrichtungen und der Stadt Linz
- V. Das Neue Sozialprogramm: Bedeutung, Wünsche bzw. Anregungen der sozialen Einrichtungen in Linz

Das Forschungsziel „Erfassung sozialer Innovationen“ fokussiert die Begriffsdefinition, die Erhebung praktischer Beispiele neuer sozialer Praktiken sowie Möglichkeiten und Grenzen der Implementierung bzw. Umsetzung sozialer Innovationen mit Blick auf die Stadt Linz aus Sicht von Expertinnen und Experten. Die Zielsetzung „Charakterisierung der Zielgruppen“ liefert einen Überblick über die Zusammensetzung der Zielgruppen und ihre Herausforderungen aus Sicht der sozialen Einrichtungen. Das Ziel „Aufzeigen der Möglichkeiten sozialer Einrichtungen zur Begegnung sozialer Probleme“ sah die Erhebung von Eckdaten, Aufgaben/Leistungen und Ressourcen sozialer Einrichtungen vor. Des Weiteren lag der Fokus auf der Zielgruppenorientierung sowie der Identifizierung von Verbesserungspotenzialen aus Sicht der sozialen Einrichtungen. Mit dem Forschungsziel „Skizzierung der Zusammenarbeit“ wurden schließlich Intensität, Ziele, Optimierungspotenziale und mögliche Herausforderungen in der Zusammenarbeit von sozialen Einrichtungen miteinander und mit der Stadt Linz erhoben. Abschließend stellte die Bedeutung des Sozialprogramms für den Arbeitsalltag in sozialen Einrichtungen und auch Anregungen und Wünsche an das neue Sozialprogramm ein Forschungsziel dar.⁶

Der vollständige Forschungsbericht ist auf der Homepage der Stadt Linz abrufbar. Im vorliegenden Sozialprogramm wurden ausgewählte Erkenntnisse in den Maßnahmenkatalog übernommen.

⁶ FH OÖ, 2019, S. 5f

Studierendenprojekt Fachhochschule Oberösterreich: „Linz-Sozial 2020. Soziale Herausforderungen und Lösungswege ausgewählter Zielgruppen“

Im Rahmen der zweisemestrigen Lehrveranstaltung „Praxis empirische Sozialforschung“ führten 15 Studierende im 3. und 4. Semester ihres Bachelorstudiums Public Management der Fachhochschule OÖ/ Fakultät Linz das Forschungsprojekt „Linz-Sozial 2020 - Soziale Herausforderungen und Lösungswege ausgewählter Zielgruppen“ durch. Ziel war zu eruieren, welche Erwartungen an soziale Einrichtungen herangetragen werden, mit welchen Herausforderungen sich die verschiedenen Zielgruppen der sozialen Einrichtungen konfrontiert sehen, und welche Lösungswege wahrgenommen werden, weshalb insbesondere darauf der Fokus gelegt wurde.

Aufgrund von Veränderung in der Linzer Bevölkerung ergeben sich neue Herausforderungen für die Linzer Sozialpolitik. Die Veränderungen entstehen etwa wegen dem Babyboom, Zuwanderungen oder einem generellen Älterwerden der Bevölkerung. Ausgehend davon zielte der studentische Forschungsbericht darauf ab, eine Grundlage für das Sozialprogramm der Stadt Linz zu gestalten. Der Fokus wurde dabei auf die Zielgruppen sozialer Einrichtungen in Linz und damit einhergehend auf die folgenden Themenbereiche gelegt: „Wahrnehmung sozialer Einrichtungen“, „Erwartungen an soziale Einrichtungen“, „Herausforderungen und Lösungswege der Zielgruppen“. Dafür wurde zunächst Literatur recherchiert. Auf Basis dieser Erkenntnisse wurde ein Leitfaden für die qualitative Befragung mit ausgewählten Zielgruppen sozialer Einrichtungen entwickelt. Darauf aufbauend wurde eine quantitative Befragung von Eltern mit Kindern (im Alter zwischen 10 und 15 Jahren) durchgeführt. In der qualitativen Studie wurden zusätzliche Jugendliche und junge Erwachsene sowie Senioren und Seniorinnen befragt. Die Erwartungen an soziale Einrichtungen sind zielgruppenspezifisch sehr unterschiedlich, stimmen aber mit der Wahrnehmung sozialer Einrichtungen – mit Blick auf die Leistungen der Einrichtungen sowie der Kompetenz und Freundlichkeit des Personals – relativ gut überein. Weiters zeigen die Erhebungen zielgruppenspezifische Herausforderungen in den Bereichen Mobilität, digitale Medien und Freizeitgestaltung auf, für welche nur teilweise Lösungswege thematisiert werden konnten.⁷

Alle drei genannten Publikationen finden sich auszugsweise im Linzer Sozialprogramm wieder. Auf eine vollständige Wiedergabe wurde aufgrund der Ausführlichkeit und der Länge verzichtet. Alle drei Berichte stehen unter folgendem Link zum Download zur Verfügung: <https://www.linz.at/sozialprogramm.php>



⁷ FH OÖ, 2020

Ziele, Aufgaben und Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik⁸

*Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher
Johannes Kepler Universität Linz*

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in den westlichen Nationalstaaten erste Maßnahmen zur Lösung der „sozialen Frage“ ergriffen.⁹ Es entstanden erste staatliche Regelungen zum Arbeitsschutz, ebenso wurden Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen eingeführt. Kurz darauf, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde auch das Risiko der Arbeitslosigkeit Teil der Sozialgesetzgebung.¹⁰ Die Armenfürsorge blieb dagegen zumeist Aufgabe von Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen. In der Zwischenkriegszeit erhöhte sich die sozialpolitische Bedeutung des Staates, die Familienpolitik wurde als neues Feld sozialpolitischer Interventionen entdeckt. Die Entwicklung verlief in den Ländern uneinheitlich, die Höhe der Leistungen blieb auf einem bescheidenen Niveau.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das „Goldene Zeitalter des Wohlfahrtsstaates“¹¹ eingeläutet, das die Entwicklung der nächsten 30 Jahre prägte. Es ist gekennzeichnet durch eine massive Ausweitung des geschützten Personenkreises, durch die Einführung neuer Programme (z.B. aktive Arbeitsmarktpolitik), eine Anhebung des Sicherungsniveaus und – dadurch bewirkt – einen Anstieg der Sozialausgaben. Mit den 1980er Jahren löste die „Ära fiskalischer Austerität“¹² das Goldene Zeitalter ab und leitete einen Wendepunkt der Sozialstaatsentwicklung ein. Die Finanzierbarkeit des Sozialstaates wurde in Frage gestellt und sein Abbau wurde vorausgesagt.

Die Prognose erwies sich bisher als nicht haltbar und von einem generellen Rückbau kann kaum gesprochen werden. Die Sozialstaatsentwicklung verlief differenziert zwischen verschiedenen sozialpolitischen Bereichen und für verschiedene soziale Gruppen. Beispielsweise wurde in Österreich¹³ in den letzten Jahren ein Abbau der sozialen Absicherung für Zugewanderte forciert¹⁴. Umgekehrt kann ein teilweiser Ausbau des Sozialstaates zur Erleichterung der Pflege älterer oder kranker Personen beobachtet werden. So wurde für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert.¹⁵ Für die Zukunft stellt sich die Frage, ob die vorhandenen, in den letzten Jahrzehnten entwickelten Instrumente und Systeme zur Bewältigung alter und neuer sozialpolitischer Herausforderungen ausreichen werden.

⁸ Dieser Textteil basiert auf IBE 2919. Johann Bacher ist einer der Autoren/Autorinnen dieser Studie.

⁹ Siehe z.B. Obinger und Petersen 2019, S. 9-32.

¹⁰ In Österreich war dies erst nach dem Ersten Weltkrieg der Fall, Obinger und Petersen 2019, S. 15, Kepplinger 2015

¹¹ Zur dargestellten historischen Entwicklung bis 1980 siehe Obinger und Petersen 2019, S. 23-27.

¹² Zur Entwicklung des Sozialstaates nach 1980 siehe Häusermann, Enggist und Pinggera 2019.

¹³ Der Sozialstaat in Österreich und seine Entwicklung werden dargestellt in Talos und Obinger 2020. Informativ dazu auch Amt der Landesregierung, Abteilung Kultur u.a. 2015. Der Aspekt der Armut wird behandelt in Schenk und Stelzer-Orthofer 2014.

¹⁴ Fink und Leibetseder 2019.

¹⁵ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2015, S. 16-17.

Parallel zu der eben skizzierten Entwicklung lässt sich auf kommunaler Ebene in den letzten Jahrzehnten national und international eine Delegation sozialpolitischer Aufgaben an die Kommunen beobachten.¹⁶ Damit einher geht eine erweiterte Zieldefinition, wie sie bereits im letzten Sozialprogramm der Stadt Linz¹⁷ im Jahr 2011 zum Ausdruck kommt. Kommunale Sozialpolitik soll neben der materiellen Existenzsicherung ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, Chancengleichheit fördern, sozial ausgleichend wirken und den sozialen Zusammenhalt forcieren. Existenzsicherung, Chancengleichheit, sozialer Ausgleich und sozialer Zusammenhalt können dabei als Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben betrachtet werden. Ein selbstbestimmtes Leben ist aber mehr als die Summe dieser Voraussetzungen und trägt seinerseits zur Existenzsicherung und zum sozialen Zusammenhalt bei.

Abbildung: Ziele kommunaler Sozialpolitik

Ziel 1	Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens
Ziel 2	Chancengleichheit, sozialer Ausgleich, Existenzsicherung
Ziel 3	Förderung des sozialen Zusammenhalts

Wichtig für ein modernes, tragfähiges und gerechtes Sozialprogramm ist ein Mix von Maßnahmen, der keines der Ziele vernachlässigt. Einzelne Maßnahmen können dabei mehrere Ziele bedienen, fokussieren aber oft auf ein Ziel. Das vorliegende Sozialprogramm enthält diesen geforderten Mix.

Bei den Zielgruppen „Alte und Betagte“¹⁸ sowie „Menschen mit Beeinträchtigungen“ beispielsweise liegt der Fokus auf der Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens. Bei den für die Zielgruppe „Kinder und Familien“ vorgesehenen Maßnahmen der frühen Interventionen steht Chancengleichheit im Vordergrund. Der Forderung nach materieller Existenzsicherung tragen Vorschläge im Themenfeld „Menschen mit finanziellen Problemen“ Rechnung, die subsidiär dann einsetzen, wenn andere materielle Sicherungssysteme nicht mehr greifen. Die bei der Zielgruppe „Kinder und Jugendliche“ geplanten Sport- und Kulturangebote in Stadtteilen dienen dem sozialen Ausgleich, aber auch dem niedrighschwelligem Zugang und der Chancengleichheit. Weitere Maßnahmen, wie beispielsweise der Ausbau der Stadtteilarbeit (Themenfeld „Wohnen und Wohnumfeld / Stadtteileben und Sozialraum“), sollen schließlich schwerpunktmäßig den sozialen Zusammenhalt fördern.

¹⁵ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2015, S. 16-17.

¹⁶ Bacher 1993, Dahme und Wohlfahrt 2011.

¹⁷ Magistrat der Stadt Linz 2011.

¹⁸ Siehe dazu die nachfolgenden Ausführungen im Sozialprogramm. Das Sozialprogramm umfasst zehn Themenfelder. Auf sie wird nachfolgend verwiesen, indem das Themenfeld oder die Zielgruppe unter Anführungszeichen genannt wird.

Den genannten Zielen liegt als übergeordnete Wertvorstellung die Würde des Menschen zugrunde. Kommunale Sozialpolitik hat einen humanistischen Ausgangspunkt, der sich grundlegend aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ableiten lässt¹⁹. Hier besagt der 1948 verabschiedete Artikel 25²⁰, dass jeder Mensch das Recht auf einen Lebensstandard hat, der Gesundheit und Wohl für sich selbst als auch für die eigene Familie gewährleistet. Im Oö. Landes-Verfassungsgesetz wird u.a. festgehalten: „Jedes staatliche Handeln des Landes hat auf der Grundlage der Grundrechte die Würde des Menschen, die Selbstgestaltung seines Lebens und die Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel sowie den Grundsatz von Treu und Glauben zu achten.“²¹ Dieser Gedanke findet sich auch im Oö. Sozialhilfegesetz, in dem festgehalten ist: „Aufgabe sozialer Hilfe ist die Ermöglichung und Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens für jene, die dazu der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen.“²²

Ausgehend von diesen Zielsetzungen ist es Aufgabe der kommunalen Sozialpolitik²³, im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich Sozialleistungen in Form von Dienstleistungen und finanziellen Förderungen von Personen und Organisationen zur Verfügung zu stellen, wobei die Dienstleistungen von den Kommunen selbst oder von anderen erbracht werden können. Im engeren Sinne umfasst kommunale Sozialpolitik klassischerweise neben der Sozialhilfe die Bereiche Kinder- und Jugendwohlfahrt, Kindertagesbetreuung (Kindergärten und Horte) sowie Altenpflege, Senioren- und Seniorinnenbetreuung. Vielfach handelt es sich dabei um Pflichtaufgaben, die einen Großteil des Sozialbudgets der Kommunen binden.

Die kommunale Sozialpolitik sieht sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben spezifischen Herausforderungen gegenüber, die daraus resultieren, dass zum einen der Bedarf an sozialen Leistungen steigt und sich zum anderen gleichzeitig der Handlungsspielraum der Kommunen verengt.²⁴ Faktoren, die den Bedarf ändern und erhöhen, sind gesellschaftliche Entwicklungen in der Bevölkerungsstruktur (Stichworte: Alterung, Migration, Segregation), in der Wirtschaft und Arbeitswelt (Stichwort: atypische Beschäftigungen, Prekarisierung, Arbeitslosigkeit) sowie Änderungen in den Wertorientierungen und Erwartungshaltungen der Bürger und Bürgerinnen (Stichworte: starkes Sicherheitsbedürfnis, hohe Bedeutung von Umweltschutz, Wohlwollen gegenüber Mitmenschen und Selbstbestimmung)²⁵.

Entscheidend ist, dass sich Bedarfslagen nicht nur quantitativ ändern, sondern sich vervielfältigen, pluralisieren und individualisieren. Im Sozialprogramm wird dieser Entwicklung dadurch Rechnung getragen, dass für Zielgruppen differenzierte und vielfältige Angebote festgelegt werden. Die Maßnahmen im Themenfeld „Ältere und Betagte“ beispielsweise beinhalten Vorschläge zur aktiven Freizeitgestaltung, zur technologischen Unterstützung für Zuhause, zur Übergangspflege bis hin zur Vollversorgung in der stationären Pflege sowie Maßnahmen gegen die Vereinsamung.

¹⁹ Bacher 1993.

²⁰ Vereinte Nationen 1948, S. 5.

²¹ Oö. L-VG 2019, Artikel 9 Abs. 3.

²² Öo. SHG 2018, § 1 Abs. 1.

²³ Bacher 1993; Dimmel 2012

²⁴ Z.B. Dahme und Wohlfahrt 2011, Grohs und Reiter 2014, IBE 2019. In diesen Quellen werden die in den nachfolgenden Absätzen skizzierten Herausforderungen im Detail beschreiben.

²⁵ Haller und Müller Kmet 2019, Grausgruber 2019

Ein erhöhter quantitativer und qualitativer Bedarf resultiert auch aus Migrationsprozessen, die alle Politikbereiche betreffen. Die Stadt Linz hat sich daher entschlossen, eine eigene Integrationsstrategie²⁶ für diesen Teilbereich zu formulieren. Als Folge wurden Immigranten und Immigrantinnen nicht als eine eigenständige sozialpolitische Zielgruppe in das Sozialprogramm aufgenommen. Ihre sozialen Bedürfnisse und Anliegen finden sich in den anderen Themenfeldern wieder. So soll beispielsweise Sprachförderung (Themenfeld „Familie und Kinder“) allen Kindern mit Sprachdefiziten dienen und ihre Chancen fördern, unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben.

Eine weitere Herausforderung, mit der sich Kommunen neben den genannten gesellschaftlichen Entwicklungen konfrontiert sehen, ist der bereits angesprochene Trend zur Dezentralisierung bzw. Kommunalisierung, der ebenfalls den Bedarf an Sozialleistungen von und in Kommunen erhöht, da dieser nicht mehr bzw. nicht mehr ausreichend von übergeordneten Körperschaften oder anderen Einrichtungen abgedeckt wird. Es handelt sich dabei um einen international beobachtbaren Trend.²⁷ Als konkrete Beispiele für Oberösterreich zu nennen wären hier die OÖ Elternbeitragsverordnung²⁸ aus dem Jahr 2018, die nur mehr für den Vormittag eine Unentgeltlichkeit des letzten Kindergartenjahres vorsieht, oder die Bestimmungen zur OÖ Wohnbeihilfe²⁹, in denen der Zugang zur Wohnbeihilfe für Nicht-EWR-Bürger und Bürgerinnen erschwert wurde.

Der Zunahme an Aufgaben und Bedarfen steht häufig ein begrenzter finanzieller Handlungsspielraum gegenüber, der auch daraus resultiert, dass ökonomisch gut gestellte Haushalte in das Umland abwandern und sozial benachteiligte ärmere Bevölkerungsgruppen zuwandern.

Umgekehrt haben finanzielle Engpässe neben gesellschaftlichen Veränderungen auch dazu beigetragen, andere Ressourcen und Potentiale zu nutzen, wie das in der stärkeren Mitwirkung der Zivilgesellschaft und von Freiwilligen, aber auch von Unternehmen in der Erbringung von sozialen Dienstleistungen zum Ausdruck kommt. Freiwilligenarbeit ist nicht in allen Bereichen und Aufgabenfeldern möglich und zielführend. Das vorliegende Sozialprogramm setzt hier daher beispielsweise im Bereich der Stadtteilarbeit auf eine aktive Einbindung von Freiwilligen (Themenfeld „Wohnen und Wohnumfeld / Stadtteileben und Sozialraum“). Zudem sollen die Leistungen der Freiwilligenarbeit (Themenfeld „Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit“) sichtbarer gemacht werden. Eine stärkere Einbindung von Bürgern und Bürgerinnen kann auch den positiven Effekt haben, dass die Legitimation von sozialpolitischen Maßnahmen und Ausgaben in der Kommune erhöht wird und vorhandene Vorurteile reduziert werden³⁰.

²⁶ Magistrat der Stadt Linz 2020

²⁷ Dahme und Wohlfahrt 2011.

²⁸ OÖ Elternbeitragsverordnung (LGBl. 1/2018) löste den ab 2009 geltenden Gratiskindergarten (LGBl. 43/2009) in OÖ ab. Der im letzten Kindergartenjahr verpflichtende Besuch ist damit nur mehr am Vormittag unentgeltlich, zur Kindergartenpflicht siehe Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz - Oö. KBBG (LGBl. 39/2007 i.d.g.F., §3a)

²⁹ Die Oö. Wohnbauförderung-Deutschkenntnis-Verordnung 2020 (LGBl. 1/2020) beispielsweise sieht den formalen Nachweis von bestimmten Deutschkenntnissen vor. Sie wurde vom Generalanwalt des EuGHs in seiner Empfehlung an den EuGH am 2.3.2021 als EU-rechtswidrig angesehen (siehe z.B. <https://ooe.orf.at/stories/3092916/>). Anlass war die Klage eines türkischen Staatsangehörigen, der über die erforderlichen Deutschkenntnisse verfügt, diese aber formal nicht nachweisen konnte.

³⁰ Dass dauerhafte Kontakte zwischen Gruppen zum Abbau von Vorurteilen führen können, hat Allport, 1979, überzeugend abgeleitet. Dafür müssen folgende Bedingungen erfüllt sein: Die Personen müssen über einen längeren Zeitraum an einem gemeinsamen Projekt auf Augenhöhe arbeiten. Das Projekt muss zudem von einer anerkannten Autorität, z.B. einer Person des öffentlichen Lebens oder aus der Politik, unterstützt werden. Sind diese Bedingungen erfüllt, können Vorurteile abgebaut werden. Diese Kontakthypothese wurde in der Forschung vielfach bestätigt, siehe z.B. Pettigrew und Tropp 2006.

Schließlich hat die COVID-Pandemie gezeigt, dass die Zukunft nicht planbar und in Krisenzeiten rasches Handeln erforderlich ist. Für die Entwicklung eines Sozialprogramms bedeutet dies, dass Strukturen und Prozesse vorgesehen werden müssen, die ein schnelles und zielgerichtetes Reagieren ermöglichen. Kommunikation und regelmäßiger Austausch mit Vertretern und Vertreterinnen aus Politik, Verwaltung, Praxis und Wissenschaft sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Beides (Kommunikation und Austausch) ist im Sozialprogramm vorgesehen (Themenfeld „Kooperation und Netzwerke“).

Die COVID-Pandemie und ihre sozialen, psychischen und ökonomischen Auswirkungen greift das Programm an mehreren Stellen auf. Im Themenfeld „Arbeit und Beschäftigung“ nehmen sie einen zentralen Platz ein, wobei auf bewährte Maßnahmen, wie z.B. Jobimpuls, aufgebaut werden konnte, da viele Problemlagen – wenn auch mit geringerer Intensität – bereits vor der COVID-Pandemie bestanden, aber weniger sichtbar waren.

Die dargestellten Herausforderungen werfen wie auf nationaler und internationaler Ebene die berechtigte Frage auf, ob bisher gewählte Wege in der kommunalen Sozialpolitik noch ausreichend sind oder neue Ansätze und Konzepte, also soziale Innovationen, erforderlich sein werden. Im Sozialbereich sind unter sozialen Innovationen dabei nicht nur, aber auch technische Innovationen, wie z.B. Pflegeroboter, die Teilaufgaben übernehmen und die Pflegekräfte entlasten, oder Smart-Home-Lösungen, zu verstehen. Neue Wege neben dem Einsatz neuer Technologien können u.a. darin bestehen, dass mit Einrichtungen und Unternehmen kooperiert wird, dass Freiwillige in die Leistungserbringung eingebunden, Quereinstiege in Berufe ermöglicht oder die interne Arbeitsorganisation geändert werden. Soziale Innovationen³¹ bezeichnen allgemein Projekte und Initiativen, die neue Wege der Zielerreichung und Aufgabenerfüllung beschreiben und bei Erfolg in die Breite ausgerollt und laufend weiterentwickelt werden.

Neue Chancen und Risiken hierfür bietet die fortschreitende Digitalisierung. Digitale Angebote können Erleichterungen im täglichen Leben bringen und beispielsweise Älteren und Betagten ermöglichen, unabhängig und möglichst lange zuhause zu leben. Gleichzeitig besteht die Gefahr sozialer Ausgrenzung, wenn eine entsprechende Ausstattung nicht verfügbar oder leistbar ist oder notwendige Kompetenzen zur Nutzung fehlen. Daher enthält das Programm sowohl Vorschläge zur besseren und zielgruppenangepassten Ressourcenausstattung als auch zur Förderung entsprechender Kompetenzen (Themenfelder „Familie und Kinder“, „Ältere und Betagte“).

Linz hat sich zum Ziel gesetzt, innovativste Stadt Österreichs zu werden und dafür eine Innovationsprogramm³² beschlossen. Soziale Innovationen sind auch deshalb ein zentrales Element des vorliegenden Sozialprogramms, weswegen im nächsten Kapitel besonders auf soziale Innovationen als Impuls zur Planung des Linzer Sozialprogramms eingegangen wird.

³¹ *Siehe dazu das folgende Kapitel.*

³² *Luger 2019*

Soziale Innovationen als Impuls zur Planung des Linzer Sozialprogramms³³

Mag. Dieter Daume, Mag.^a Sandra Rigler

Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung

In den Sozialwissenschaften macht sich seit Beginn der 2000er Jahre eine intensivere Auseinandersetzung mit sozialen Innovationen bemerkbar – dennoch findet sich bislang keine einheitlich anerkannte Begriffsdefinition.³⁴ Betrachtet man im aktuellen Diskurs unterschiedliche Definitionen von „sozialen Innovationen“³⁵, so finden sich jedoch einige Gemeinsamkeiten: Dazu zählen etwa der Charakter einer Neuerung, der soziale Kontext bzw. der soziale Zweck und das vorrangige Ziel, Bedürfnisse zu befriedigen. Soziale Innovationen zielen stets auf das menschliche Befinden und dabei etwa auf das Beenden sozialer Exklusion, die Verbesserung der Qualität von Dienstleistungen sowie die Verbesserung der menschlichen Lebensqualität und des Wohlbefindens ab.³⁶ Initiatoren und Initiatorinnen sozialer Innovationen können dabei öffentlich-staatliche, zivilgesellschaftliche oder privat-kommerzielle Akteure und Akteurinnen sein.³⁷

Auf europäischer Ebene spielen soziale Innovationen seit einigen Jahren eine wichtige Rolle. Die Gesellschaft wird aufgrund verschiedener Entwicklungen³⁸ vor große Herausforderungen gestellt. Innovation wird als bedeutsam für die Bewältigung dieser gesehen und zu einem Kernelement der 2010 durch die Mitgliedstaaten beschlossenen „Europe 2020 Strategy“. Soziale Innovationen verfolgen gemäß der Europäischen Kommission mehrere Ziele: Sie sollen neue Wege finden, um soziale, bisher unzureichend erfüllte Bedürfnisse zu befriedigen, sie sollen gesellschaftliche Herausforderungen in Angriff nehmen und sie sollen ein Empowerment der Menschen bewirken. Im Rahmen des Sozialinvestitionspakets der Europäischen Kommission werden soziale Innovationen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik über das sogenannte EaSi-Programm³⁹ (neues Programm für Beschäftigung und soziale Innovation) gefördert.

³³ Gekürztes und z.T. erweitertes Kapitel aus IBE, 2019, S. 30-44, mit teilweise wörtlicher Textübernahme.

³⁴ siehe z.B. Kersting 2017, S. 59.

³⁵ z.B. Howaldt und Schwarz 2010, S.89; Mulgan 2006, S.46; European Commission 2011, S. 23.

³⁶ Moulaert et al. 2013, S. 17.

³⁷ Walter und Zimmer 2017, S. 60.

³⁸ siehe Kapitel „Ziele, Aufgaben und Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik“ des Sozialprogramms.

³⁹ Employment, Social Affairs & Inclusion, <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1022&langId=de>.

Charakteristika von sozialen Innovationen

Howaldt und Schwarz⁴⁰ beschreiben mehrere Charakteristika sozialer Innovationen. Relevante Aspekte sollen im Folgenden kurz zusammengefasst skizziert werden:

- Anders als technische Innovationen zielen soziale Innovationen stets auf die soziale Praxis ab und setzen die Berücksichtigung der sozialen (zwischenmenschlichen) Beziehungen voraus.
- Charakteristikum sozialer Innovationen ist ihre Wertebezogenheit. Gemeint ist ein normativer Ansatz, der auf die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, auf das Erfüllen sozialer Bedürfnisse bzw. allgemein formuliert auf das Gemeinwohl abzielt.
- Soziale Innovationen sind Bestandteile sozialen Wandels, jedoch nicht mit diesem gleichzusetzen. Vielmehr sind soziale Innovationen geplant, koordiniert und Ergebnis zielgerichteten beabsichtigten Handelns zur Initiierung neuer sozialer Praktiken.
- Von einer Innovation spricht man erst dann, wenn ein nennenswerter Grad der Verbreitung besteht, d.h. diese müssen breit angenommen und angewendet werden. Soziale Innovationen sind kontextspezifischer als technologische Innovationen, da sie nicht durch Patent oder Urheberrecht geschützt werden und somit gut auf gesellschaftliche Bereiche abgestimmt und dort sozial akzeptiert sein müssen.

Das vom Linzer Gemeinderat im Jahr 2019 beschlossene Innovationsprogramm⁴¹ gibt einen wichtigen Startpunkt für die Entwicklung sozialer Innovationen. In der Stadt Linz gibt es ein buntes Biotop an Initiativen, die sich für soziale Innovationen engagieren. Unter Einbindung unterschiedlicher Vereine, Institutionen, Interessierter sowie Expertinnen und Experten wurden innovative Ansätze als zentraler Schwerpunkt des neuen Sozialprogramms 2021 formuliert.

⁴⁰ Howaldt und Schwarz 2010, S. 89-95.

⁴¹ Luger 2019.

Der Weg zum Sozialprogramm

Der Startschuss zum neuen Linzer Sozialprogramm fiel zu Jahresbeginn 2019. In der Gemeinderatssitzung vom 11. April 2019 erfolgte dann einstimmig der Grundsatzbeschluss zur Erstellung des neuen Programms. Diesem Beschluss gingen eine Vorberatung und Beschlussfassung im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport voraus. Als Ziel wurde ein Entwicklungsprozess unter breiter Einbindung von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung, Expertinnen und Experten wie auch der Linzer Bevölkerung festgesetzt. Als Steuerungsgremium übernahm der Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport eine zentrale Funktion. Bei den monatlich stattfindenden Sitzungen des Ausschusses wurde jeweils der aktuelle Stand des Entwicklungsprozesses berichtet sowie Expertinnen und Experten zu einzelnen Schwerpunkten wurden eingeladen. Als wichtiger erster Termin wurde im September 2019 eine Klausur des Ausschusses zur Vereinbarung der Ziele sowie einer ersten Festlegung der Schwerpunkte abgehalten. Die Entscheidung, aufgrund der Corona-Entwicklungen von der Beschlussfassung des Sozialprogramms im Oktober 2020 abzusehen, wurde gemeinsam im Ausschuss diskutiert und getroffen. Als wesentlich erschien es, mehr Zeit und Raum zu bieten, um coronabedingte Veränderungen von Rahmenbedingungen einzuarbeiten. Die Beschlussfassung des neuen Linzer Sozialprogramms wurde für Sommer 2021 festgelegt.

Für die Entwicklung des neuen Sozialprogramms wurde eine wissenschaftliche Begleitung durch Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher vom Institut für Soziologie der Johannes-Kepler-Universität Linz, das Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung (IBE) und die Fachhochschule Oberösterreich (Fakultät für Medizintechnik und Angewandte Sozialwissenschaften) in Auftrag gegeben. Ein Teil dieser wissenschaftlichen Begleitung ist ein Literaturreview, der vom IBE unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Bacher verfasst wurde. Ziel war eine systematische Aufbereitung neuerer sozialwissenschaftlicher Literatur. Die FH OÖ wurde von der Stadt Linz mit einem empirischen Forschungsprojekt beauftragt. Im Zuge dessen wurden Erfahrungen, Einschätzungen und Sichtweisen von Expertinnen und Experten mit Blick auf soziale Innovationen und von Verantwortlichen sozialer Einrichtungen mit Fokus auf deren Zielgruppen, Aufgaben und Potenziale erfasst. Darüber hinaus wurde die FH Oberösterreich mit der Durchführung eines Studierendenprojekts mit dem Titel „Linz-Sozial 2020. Soziale Herausforderungen und Lösungswege“ beauftragt.

Im Oktober 2019 konstituierten sich neun Arbeitsgruppen (AG) mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung, um erste Inputs und Ideen zum neuen Sozialprogramm zu erarbeiten. Zu folgenden Themenbereichen wurde gearbeitet:

AG1: Kinder und Familien (2.10.2019)

AG2: Jugendliche und Jungerwachsene (3.10.2019)

AG3: Ältere und Betagte (7.10.2019)

AG4: Von Armut und Ausgrenzung gefährdete Gruppen (8.10.2019)

AG5: Arbeit und Beschäftigung (15.10.2019)

AG6: Wohnen und Wohnumfeld, Nachbarschaft, Stadtteileben (16.10.2019)

AG7: Freiwilligenarbeit und Zivilgesellschaft (23.10.2019)

AG8: Soziale Innovation (29.10.2019)

AG9: Kooperationen und Netzwerke, Schnittstellen zu anderen Politikfeldern (30.10.2019)

Die Arbeitsgruppen wurden begleitet und moderiert von Mitarbeiterinnen aus dem städtischen Geschäftsbereich Personal, Zentrale Services. Folgende Fragestellungen wurden in den Gruppen bearbeitet:

1. Was brauchen wir neu bzw. fehlt uns?
2. Was funktioniert gut und soll daher beibehalten werden?
3. Was wäre innovativ – noch nie da gewesen?

Bis Jänner 2020 wurde an der Zusammenfassung der Ergebnisse der Workshops mit Einbindung der wissenschaftlichen Erkenntnisse aus den Berichten des IBE und der FH OÖ gearbeitet. Coronabedingt mussten die für Frühjahr geplanten Expertenrunden wie auch die Bürgerbeteiligungsprozesse verschoben werden, diese wurden ab Sommer 2020 soweit wie möglich nachgeholt.

Aus dem gesamten Prozess wurde bis März 2021 ein Erstentwurf erarbeitet, der am 12. April 2021 dem Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport vorgelegt und diskutiert wurde. In der letzten April-Woche folgten Termine mit Mitgliedern aller im Linzer Gemeinderat vertretenen Parteien.

Am 17. Mai fand begleitend zum Prozess der Erstellung des Programms ein Online-Symposium mit dem Titel „Linz im Gespräch: Soziale Innovation – Chancen und Grenzen digitaler Teilhabe“ statt. Das Symposium kann unter folgendem Link nachgesehen werden: <https://www.linz.at/soziales/linz-im-gespraech.php>



Ebenfalls am 17. Mai 2021 wurden die Ergänzungen präsentiert und die Vorlage an den Gemeinderat am 27. Mai 2021 mehrheitlich beschlossen. In der Gemeinderatssitzung vom 27. Mai 2021 wurde das neue Linzer Sozialprogramm 2021 mit einstimmig beschlossen.

Datum	Gremium	Arbeitsauftrag
01.04.2019	Sozialausschuss	Vorberatung zum Grundsatzbeschluss zur Erstellung eines neuen Sozialprogramms.
11.04.2019	Gemeinderat	Einstimmige Annahme des Antrages zur Erstellung eines neuen Sozialprogramms.
18.06.2019	Round Table	Abhaltung eines Round Table mit Vertreterinnen und Vertretern von Johannes-Kepler-Universität, Fachhochschule OÖ und Pädagogische Hochschule zur Evaluierung der aktuellen sozialpolitischen Lage in Linz und Festsetzung von Schwerpunkten für das neue Sozialprogramm.
27.06.2019	Stadtsenat	Einstimmiger Beschluss des Antrages „Wissenschaftliche Begleitung der Entwicklung des Linzer Sozialprogramms 2020. Grundsatzgenehmigung und Umsetzungsauftrag zur Vergabe“ zur wissenschaftlichen Begleitung durch die Johannes-Kepler-Universität, vertreten durch Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher inklusive Erstellung eines Literaturreviews durch das IBE und eine Befragung der sozialen Einrichtungen durch die FH Oberösterreich.
Sommer 2019	IBE	Erstellung eines Literaturreviews mit dem Schwerpunkt „Soziale Innovationen“ durch das Institut für Berufs- und Erwachsenenbildung.
Sommer 2019	FH OÖ	Telefonische Befragung von 157 sozialen Vereinen, Organisationen und Einrichtungen in Linz durch die FH Oberösterreich.
16.09.2019	Sozialausschuss	<p>Klausur des Ausschusses mit folgenden Tagesordnungspunkten: Rückschau und Umsetzungsstand Linzer Sozialprogramm 2011</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialprogramm 2020. Wissenschaftliche Begleitung; Literaturreview – Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher (JKU) und Mag.^a Sandra Rigler (IBE) • Bevölkerungsprognosen der Stadt Linz – Mag. Thomas Standfest, Stadtforschung Linz • Vorstellung und Festlegung der geplanten Arbeitsgruppen • Erste Ideensammlung zum Sozialprogramm

Datum	Gremium	Arbeitsauftrag
Oktober 2019	Arbeitsgruppen	Workshops der Arbeitsgruppen: AG1: Kinder und Familien (2.10.2019) AG2: Jugendliche und Jungerwachsene (3.10.2019) AG3: Ältere und Betagte (7.10.2019) AG4: Von Armut und Ausgrenzung gefährdete Gruppen (8.10.2019) AG5: Arbeit und Beschäftigung (15.10.2019) AG6: Wohnen und Wohnumfeld, Nachbarschaft, Stadtteilleben (16.10.2019) AG7: Freiwilligenarbeit und Zivilgesellschaft (23.10.2019) AG8: Soziale Innovation (29.10.2019) AG9: Kooperationen und Netzwerke, Schnittstellen zu anderen Politikfeldern (30.10.2019)
02.10.2019	FH OÖ	Auftraggeber-Auftragnehmer-Gespräch mit FH-Studierenden zum Forschungsprojekt „Linz-Sozial 2020. Soziale Herausforderungen und Lösungswege“.
28.10.2019	Sozialausschuss	Präsentation der Ergebnisse Arbeitsgruppen 1 bis 7.
25.11.2019	Sozialausschuss	Präsentation der Ergebnisse Arbeitsgruppen 8 und 9. Präsentation der Ergebnisse der Befragung sozialer Einrichtungen durch die FH Oberösterreich.
13.01.2020	Sozialausschuss	Bericht über den aktuellen Stand.
13.02.2020	Expertenrunde	Treffen mit Linzer Seelsorgern zur Ideeneinbringung.
14.02.2020	Bürgerbeteiligung	Bürgerbeteiligungsprozess „Soziale Innovationen gesucht“ auf innovationshauptplatz.linz.at – die ursprüngliche Einreichfrist (15.3.) wurde aufgrund des Lockdowns bis 5.4.2020 verlängert.
24.02.2020	Sozialausschuss	Bericht über den aktuellen Stand.
16.03.2020	Expertenrunde	Aufgrund des Lockdowns wurden die für Ende März geplanten Workshops mit Expertinnen und Experten auf unbestimmte Zeit verschoben.
22.03.2020	FH OÖ	Start der Online-Befragung mit Eltern von Kindern zwischen 10 und 15 Jahren durch die Studierenden der FH Linz. Aufgrund der Corona-Maßnahmen wurde von einer face-to-face-Befragung auf einen Online-Fragebogen umgestellt. Der Aufruf erfolgt mittels Mail und Social Media.

Datum	Gremium	Arbeitsauftrag
05.04.2020	Bürgerbeteiligung	Ende der Einreichfrist für die BürgerInnenbeteiligung auf innovationshauptplatz.linz.at. 26 Einreichungen liegen vor. Die geplante Diskussionsveranstaltung wurde corona-bedingt auf unbestimmte Zeit verschoben.
04.05.2020	Sozialausschuss	Bericht über den aktuellen Stand mit folgenden Schwerpunkten: <ul style="list-style-type: none"> • Bericht Einreichungen Bürgerbeteiligung • Befragung durch die FH • Weiterer Zeitplan
22.06.2020	Sozialausschuss	Bericht im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport über die aktuellen Entwicklungen wegen Corona und Einigung, dass das neue Sozialprogramm nicht im Herbst 2020 beschlossen wird, da die coronabedingten Veränderungen ausreichend Raum bekommen sollen.
24.06.2020	FH OÖ	Abschlusspräsentation des FH-Studierendenprojekts „Linz-Sozial 2020. Soziale Herausforderungen und Lösungswege“ mittels Videokonferenz.
24.08.2020	Bürgerbeteiligung	Austauschrunde mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Auwiesen/Kleinmünchen zu Erfahrungen und Reflexion aus Corona-Krise im Gemeinwesenzentrum Auwiesen.
14.09.2020	Sozialausschuss	Bericht über die weitere Vorgehensweise im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport.
23.09.2020	Bürgerbeteiligung	Talkrunden mit Jugendlichen in den VJF-Einrichtungen U1 und Franx zum Thema „Erfahrungen aus Corona“ mit rund 20 TeilnehmerInnen.
07.10.2020	Bürgerbeteiligung	Talkrunde mit Jugendlichen in den VJF-Einrichtungen Netzwerk Süd und Cloob Ebelsberg zu Wünschen und Anliegen an die Stadt Linz, inkl. Corona-Diskussion mit rund 20 TeilnehmerInnen.
19.10.2020	FH OÖ	Präsentation der FH-Forschungsergebnisse „Linz-Sozial 2020“ durch Dr. ⁱⁿ Mag. ^a Wetzelhütter im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport.
29.10.2020	Expertenrunde	ExpertInnen-Workshop „Leben in Linz mit Kindern und Jugendlichen“ mit Vertreterinnen und Vertretern von Linzer Kinder- und Jugendeinrichtungen, Moderation IBE.

Datum	Gremium	Arbeitsauftrag
26.11.2020	Expertenrunde	ExpertInnen-Workshop „Leben in Linz für Seniorinnen und Senioren“ mit Vertreterinnen und Vertretern von Linzer Senioreneinrichtungen mittels Videokonferenz, Moderation IBE.
30.11.2020	Sozialausschuss	Bericht über die abgehaltenen Experten-Workshops.
14.12.2020	Bürgerbeteiligung	Videokonferenz mit Einreicherinnen und Einreichern von „Sozialen Innovationen“.
11.01.2021	Sozialausschuss	Bericht über den aktuellen Stand.
22.02.2021	Sozialausschuss	Bericht über den aktuellen Stand und weiterer Zeitplan.
28.03.2021	Sozialausschuss	Bericht über die Fertigstellung des Maßnahmenkatalogs, Einladung zur Präsentation am 12. April 2021 mit Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher.
12.04.2021	Außerordentlicher Sozialausschuss	Abhaltung eines außerordentlichen Sozialausschusses zur Präsentation des Maßnahmenkatalogs durch Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher und Diskussion.
KW 17/2021	Fraktionen	Termine mit Mitgliedern aller im Linzer Gemeinderat vertretenen Parteien.
17.05.2021	Symposium	Online-Symposium „Linz im Gespräch: Soziale Innovation – Chancen und Grenzen digitaler Teilhabe“.
17.05.2021	Sozialausschuss	Präsentation und Diskussion der Ergänzungen im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport. Der GR-Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.
27.05.2021	Gemeinderat	Einstimmige Beschlussfassung des neuen Linzer Sozialprogramms 2021 im Linzer Gemeinderat.

Das Linzer Sozialprogramm 2021

Das vorliegende Linzer Sozialprogramm 2021 bündelt die im vorher dargestellten Prozess vorgeschlagenen Maßnahmen in zehn Kapitel, wobei sich die ersten fünf Kapitel auf die Sicht der Zielgruppen konzentrieren, die weiteren fünf Kapitel bestimmte Themenfelder als Schwerpunkt haben.

Familien und Kinder	Betreuung, Prävention und Elternarbeit
Kinder und Jugendliche	Prävention und Beratung in der Freizeit Freizeit und Sport
Jugendliche und Jungerwachsene	Schule und Beruf
Ältere und Betagte	Pflege und Betreuung Freizeit und Mobilität
Von Armut und Ausgrenzung gefährdete Personen	Menschen mit Beeinträchtigungen Personen mit finanziellen Problemen Obdachlosigkeit und Sucht-Erkrankungen
Arbeit und Beschäftigung	
Wohnen und Wohnumfeld / Stadtteilleben und Sozialraum	
Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit	
Kooperationen und Netzwerke	
Soziale Innovationen	

Die jeweiligen Kapitel beinhalten dabei in erster Linie Maßnahmen, die von der Stadt Linz als zuständige Stelle in ihrem eigenen Kompetenzbereich umgesetzt werden können. In zweiter Linie werden aber zudem Maßnahmen summiert, die andere Kompetenzbereiche betreffen und daher nicht alleine von der Landeshauptstadt umgesetzt oder finanziert werden können. Auch diese Ideen müssen im Linzer Sozialprogramm Raum finden, da sie wesentlich die Sozialpolitik der Stadt Linz beeinflussen und gestalten.

Unter den einzelnen Kapiteln gibt es Querverweise. Wenn eine thematische Zuordnung in zwei oder mehreren Themenbereichen Platz findet, so wird diese nur in einem Kapitel ausführlich beschrieben und an andere Stellen im Text verwiesen.

Besonderes Augenmerk liegt auf sozialen Innovationen und darauf, diese zu ermöglichen. Das letzte Kapitel „Soziale Innovationen“ fasst daher noch einmal alle genannten innovativen Maßnahmen der vorangegangenen neun Kapitel zusammen.



Kapitel 1

Familie und Kinder

Familie und Kinder

Betreuung, Prävention und Elternarbeit

Vorreiterrolle bei der Kinderbetreuung

Im Bildungsjahr 2019/20 besuchten zirka 13.100 junge Linzerinnen und Linzer eine Krabbelstube, einen Kindergarten oder einen Hort. Etwa 10.300 (79 Prozent) von ihnen betreuen die städtischen Kinder- und Jugendservices (KJS). Von den rund 1.130 Krabbelstubenplätzen bieten die KJS 930 (83 Prozent) an. Bei den knapp 6.700 Kindergartenplätzen beträgt der Anteil 70 Prozent (4.700 Plätze) und bei den rund 5.250 Hortplätzen 89 Prozent (4.660 Plätze). Das Linzer Kinderbetreuungsmodell ist eine budgetäre Herausforderung, bewährt sich aber als Investition in die Zukunft. Die sozial gestaffelten Tarife halten die Wahlfreiheit insbesondere für Frauen aufrecht, die ansonsten wieder stärker in die Erwerbslosigkeit oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse gedrängt würden, mit all den negativen Folgen in der Pension. Nutznießer sind auch Industrie und Wirtschaft, da so wichtige, qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen können. Die höhere Inanspruchnahme der Elementarpädagogik ist zudem die beste Förderung für Kinder. Der Kinderbetreuungsatlas der Arbeiterkammer Oberösterreich vergibt seit Jahren die Bestnote 1A an die Linzer Einrichtungen. Dieser Standard wie auch der laufende Ausbau wird auch in Zukunft beibehalten werden.

Die Stadt Linz bekennt sich seit Jahren und auch weiterhin zu einer Vollversorgung mit Kinderbetreuungsplätzen. Alle Kinder, die mit Beginn des Kindergartenjahres im September das dritte Lebensjahr vollendet haben, sollen einen Kindergartenplatz bekommen. Darüber hinaus wird allen Kindern, die zwischen September und März des jeweiligen Bildungsjahres das dritte Lebensjahr vollenden, im Planungs-Grobraster ein Kindergartenplatz angeboten. Kindern, die nach dem 1. März des jeweiligen Bildungsjahres das dritte Lebensjahr vollenden, wird nach Maßgabe der freien Plätze ein Angebot gemacht. Für den Krabbelstubenbereich wird den Intentionen des EU-Barcelona-Zieles (Betreuungsplätze für 33 Prozent der unter 3-Jährigen) entsprechend ein bedarfsgerechtes Angebot bereitgestellt.

Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

Zentral bei künftigen Angeboten ist das Ziel der Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern. Aus diesem Grund werden künftig vermehrt Maßnahmen gesetzt, die auf eine Forcierung der (aufsuchenden) Elternarbeit setzen und nach dem Prinzip „fördern und fordern“ gestaltet sind.

Soziale Innovation 1: „Start ins Linzer Leben“ – Elternsozialarbeit

Um einen frühzeitigen Kontakt zu Eltern zu ermöglichen, wird ein Pilotprojekt „Start ins Linzer Leben“ etabliert. Dabei wird ein Team bestehend aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern alle Eltern von Neugeborenen kontaktieren und in erster Linie Hilfe und Unterstützung anbieten und weitere Beratungsangebote vorstellen. In weiterer Folge kann die Sozialarbeit bei Frage- und Problemstellungen unterstützen und gegebenenfalls an entsprechende Einrichtungen vermitteln. Die Elternsozialarbeit ist damit die erste Möglichkeit, um frühzeitig und präventiv zu beraten. Gleichzeitig wird den Eltern das Angebot gemacht, dass für ihr Neugeborenes die Stadt Linz einen Baumsetzling pflanzt und das Kind die Baumpatenschaft erhält.

Soziale Innovation 2: Familienzentrum Kindergarten

Durch das verpflichtende Kindergartenjahr ist der Kindergarten jene Einrichtung, mit der Eltern jedenfalls in Kontakt mit der Stadt Linz kommen. Diese Möglichkeit wird künftig für eine intensivere Elternarbeit genutzt und ausgebaut, damit die Kindergärten langfristig als Erstanlaufstelle fungieren können. Um dies zu implementieren, wird ein Pilotprojekt gestartet. Als erste Ideen dafür gelten Projekte wie „early excellence

center“ oder „first stop Kindergarten“. Die Kindergärten werden so zu einem Familienzentrum, wo gebündelt Angebote für Familien in verschiedenen Lebenssituationen zur Verfügung stehen. Im Zuge dessen werden Anreize geschaffen, damit Eltern diese Angebote vermehrt auch in Anspruch nehmen.

Soziale Innovation 3: Kindergartensozialarbeit

Als wichtige soziale Innovation zur Forcierung der Elternarbeit gilt das im November 2017 gestartete Projekt der Kindergartensozialarbeit (KiSa), welches österreichweit Vorzeigecharakter besitzt. Um Familien mit ihren Kindern und die Pädagoginnen und Pädagogen optimal zu unterstützen sowie um Fehlentwicklungen früh zu erkennen bzw. zu entschärfen, braucht es in den Kindergärten Sozialarbeit. Mit einer präventiven, vor Ort angebotenen, niederschweligen Sozialarbeit können auch drohende Kindeswohlgefährdungen erkannt und rechtzeitig abgewendet werden. Sozialarbeit vor Ort leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration der Kinder und deren Familien in die Gesellschaft und in das Sozial- und Bildungssystem. In der Präventionsarbeit nimmt die Kindergartensozialarbeit einen zentralen Stellenwert ein. Eine interne Evaluation ergab, dass Pädagoginnen und Pädagogen wie auch Eltern und Kinder das Projekt als überwiegend positiv sehen und es gut angenommen wird. Daher wird künftig die Anzahl der Standorte ausgebaut. Dieser Ausbau erfolgt in Abstimmung mit der Schulsozialarbeit.

Soziale Innovation 4: Schatzkiste

Zur bindungsgeleiteten Unterstützung der Erziehung in hoch belasteten Familien ab der Geburt bis zum dritten Lebensjahr unterstützt die Stadt Linz den Start des Projekts „Schatzkiste“ der Diakonie, Zentrum Spattstraße. Die soziale Innovation beruht auf den Erfahrungen, dass bei einer bestimmten Zielgruppe von Eltern (Personen mit z.B. schweren psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen und/oder Lernbeeinträchtigung) Bedarf an intensiver Unterstützung besteht, der durch bereits bestehende Angebote nicht abgedeckt werden kann. Mangelnde positive Beziehungserfahrungen und/oder ungünstige Lebenssituationen stören das intuitive Elternverhalten und beeinträchtigen den für eine gesunde kindliche Entwicklung notwendigen feinfühligem Umgang mit dem Kind. Gelingende oder weniger gelingende Interaktionen entwickeln sich aus dem gemeinsamen Beitrag der Mutter beziehungsweise des Vaters und des Kindes. Zentral ist eine Tagesstruktur mit verbindlichen Kernzeiten für Eltern.

Vorzeigemodell Sprachförderung

Für die Sprachförderung in den Kindergärten investierte die Stadt Linz im Jahr 2019 rund 1,6 Millionen Euro. Insgesamt wurden im Bildungsjahr 2018/19 mehr als 3.400 Mädchen und Buben von speziell ausgebildeten SprachpädagogInnen unterstützt. Obwohl eine wissenschaftliche Untersuchung zu Beginn des Jahres 2020 zu dem Schluss kommt, dass das Modell auf dem aktuellsten wissenschaftlichen Stand und inhaltlich richtig ist, zeigte sich gleichzeitig hinsichtlich einer langfristigen positiven Wirkung Handlungsbedarf. Die Sprachförderung in den Linzer Einrichtungen ist somit ein Vorzeigemodell, das jedoch in Bezug auf ihre Wirkung und ihre Effektivität laufend evaluiert und angepasst werden muss.

Technologie-Kompetenz bei Kindern

Schon vor den Corona-Maßnahmen im Frühling 2020 war klar, dass die Technologie-Kompetenz der Kinder bereits im Kindergartenalter wesentlich ausgebaut werden muss. Es werden dafür Kooperationsprojekte zwischen den Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Ars Electronica Center wie auch dem Innovationshauptplatz geschaffen. Im Rahmen dessen wird eine Initiative entwickelt, um das Interesse und die Begabung für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) bei Buben und Mädchen frühzeitig zu fördern.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

Forcierung der Elternarbeit bzw. Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern	<p>Implementierung von Elternsozialarbeit durch das Pilotprojekt „Start ins Linzer Leben“.</p> <p>Implementierung von (einem) Pilotprojekt(en), um Kindergärten verstärkt den Charakter von Familienzentren zu geben, im Rahmen derer der Kontakt zu den Eltern intensiviert werden kann.</p> <p>Ausbau der Kindergartensozialarbeit in den städtischen Kindergärten.</p> <p>Umsetzung des Pilotprojekts „Schatzkiste“ der Diakonie, Zentrum Spattstraße.</p>
Kinder und Jugendliche Evaluierung und Weiterentwicklung der Sprachförderung	<p>Das Angebot der Sprachförderung in den städtischen Kindergärten wird auf ihre Wirkung und ihre Effektivität laufend evaluiert und anhand der Ergebnisse weiterentwickelt.</p>
Verstärkung der Technologie-Förderung von Kindern	<p>Zur Stärkung der technologischen Kompetenz von Kindern wird die Kooperation zwischen Kindergärten und dem Ars Electronica Center sowie dem Innovationshauptplatz intensiviert.</p>

Darüber hinaus wird sich die Stadt Linz für die **Umsetzung folgender Maßnahmen** einsetzen:

Um oben genannte Maßnahmen dauerhaft und effizient umsetzen zu können, wären in den Einrichtungen kleinere Gruppengrößen zielführend. Dies würde auch eine bessere Betreuung der Kinder ermöglichen, da damit mehr Personal pro Gruppe zur Verfügung stehen würde. Die Stadt Linz appelliert daher an das **Land Oberösterreich**, die Landesförderung zu erhöhen, um **kleinere Gruppengrößen** in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu ermöglichen. Bildung beginnt im Kindergarten. Gerade bei der Sprachförderung wäre daher ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr hilfreich. Die Stadt Linz appelliert daher an die **Österreichische Bundesregierung** eine **Ausdehnung der Kindergartenpflicht auf zwei Jahre** umzusetzen.

Voraussetzung dafür sind **entsprechende Personalressourcen**, die derzeit aber am Arbeitsmarkt nicht in ausreichender Kapazität zur Verfügung stehen. Daher braucht es gebündelte Anstrengungen, um die Attraktivität dieses Berufsstands zu erhöhen.

Psychische Problemlagen und Erkrankungen steigen stark an. Die Corona-Pandemie und der daraus resultierende weitgehende Wegfall von direkten sozialen Kontakten ist für Kinder und Jugendliche besonders belastend. Das Angebot für Menschen mit psychischen Problemlagen erwies sich bereits vor Corona als zu gering, die Krise hat die Schwächen deutlich verstärkt. Ein Ausbau adäquater Einrichtungen muss daher raschest vorangetrieben werden. Dabei sollen nicht nur Angebote zum Zeitpunkt des Auftretens der Probleme gesetzt werden, sondern es sollte bereits möglichst frühzeitig (z.B. mittels früher Hilfen) Unterstützung zur Vermeidung des Auftretens der Probleme gewährt werden. Auch die Vermittlung der richtigen Angebote ist hier ein wichtiges Thema. Beratungsstellen sind derzeit überlastet, oftmals fehlen finanzielle Ressourcen. Die Beratung und Unterstützung benötigt ein multiprofessionelles Angebot rund um PsychotherapeutInnen, PsychiaterInnen sowie weitere erforderliche Professionalistinnen und Professionalisten in Zusammenarbeit mit dem psychiatrischen Angebot des Neuromed Campus. Darüber hinaus muss ein betreutes Wohnangebot für psychiatrisch auffällige Jugendliche geschaffen werden, insbesondere für jene Jugendliche, die in herkömmlichen Einrichtungen nicht (mehr) betreut werden können. Auch hier braucht es ein multiprofessionelles Betreuungsteam, besonders an den Schnittstellen zwischen Gesundheitseinrichtungen und der Kinder- und Jugendhilfe. Die Stadt Linz tritt daher an die **Österreichische Gesundheitskasse** und das **Land Oberösterreich** heran, den **Ausbau der Beratung und Betreuung für psychosozial belastete Kinder und Jugendliche** voranzutreiben.



Foto: Paul Hanaoka / unsplash.com

Kapitel 2

Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche

Prävention und Beratung in der Freizeit

Viele Probleme und Auffälligkeiten von Jugendlichen könnten frühzeitig behoben werden. In den öffentlichen Einrichtungen Kindergarten und Schule wird diese frühzeitige Prävention und Beratung durch die beiden Angebote Kindergarten- und Schulsozialarbeit wesentlich abgedeckt. Neben einer verstärkten Kindergarten- und Schulsozialarbeit (siehe dazu auch die Kapitel Familien und Kinder – Betreuung, Prävention und Elternarbeit sowie Jugendliche und Jungerwachsene – Schule und Beruf) braucht es derartige Maßnahmen verstärkt auch im Freizeitbereich.

Bereits jetzt setzt die Stadt Linz zahlreiche Angebote, um Kindern und Jugendlichen in ihrer Freizeit ein adäquates Programm zu bieten. Neben der Teenie-Arbeit ist hier besonders das angebotene Ferienprogramm zu nennen. Die freizeitpädagogischen Ferienangebote „Pippi – Play im Park“ oder auch „ferien@home“ bieten eine fachkundige Betreuung für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahren, die sich in den Ferien in Parks oder auf Spielplätzen aufhalten. Die vor Ort gesetzten Angebote sind speziell auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmt. Diese erfolgreichen Angebote werden laufend ausgebaut und an neuen, zusätzlichen Standorten erprobt.

Ausbau der Teenie-Arbeit

Um künftig die Prävention und Beratung außerhalb öffentlicher Einrichtungen zu intensivieren, wird eine Verstärkung der Teenie-Arbeit, wie sie bereits jetzt vom Verein Jugend und Freizeit an vier Standorten sowie von der Pfarre Marcel Callo in Auwiesen angeboten wird, angestrebt. Das Angebot der Teenie-Arbeit ist in Linz gut, dennoch gibt es einen höheren Bedarf für die Freizeitgestaltung der 8- bis 14-Jährigen. Diese sind zu alt für den Spielplatz und zu jung für ein Jugendzentrum und werden daher als sog. „Lückekinder“ betrachtet. Die Angebote für diese Zielgruppe werden laufend ausgebaut bzw. an jenen Standorten intensiviert, wo der Bedarf gegeben ist.

Soziale Innovation 5: Teenie-Bus als mobiles Beratungsangebot

Begleitend zum Ausbau der Standorte wird ein Schwerpunkt auf die mobile Teenie-Beratung in Form eines Teenie-Busses gelegt, der die Kinder und Jugendlichen dort aufsucht, wo sie sich aufhalten. Als mobile aufsuchende Jugendarbeit wird die Beratung für Jugendliche und Kinder im öffentlichen Raum sichtbar gemacht. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote variieren inhaltlich und werden auf digitalem Weg, etwa über eine Homepage, eine App oder via soziale Medien vorab bekannt gegeben.

Soziale Innovation 6: Sportsozialarbeit

Als spezielle Form der Gemeinwesenarbeit mit dem Schwerpunkt Kinder und Jugendliche wird ein Pilotprojekt Sportsozialarbeit initiiert. Im Rahmen dessen tourt ein Team bestehend aus SozialarbeiterInnen und SportlerInnen durch die Stadt Linz und setzt in Parks, Spielplätzen, öffentlichen Freiräumen etc. Angebote für Kinder und Jugendliche, die sich dort aufhalten. Der niederschwellige Zugang über ein sportliches Mitmach-Angebot soll vor allem Kinder und Jugendliche erreichen, die ansonsten die Einrichtungen der Stadt Linz und der Vereine nicht nutzen. Die Sportsozialarbeit bedient sich in ihrer Arbeit dem breiten Netzwerk an Einrichtungen, Sportvereinen und Organisationen im jeweiligen Stadtteil bzw. Angebote der Stadt Linz.

Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

Auch den Angeboten im Freizeitbereich liegt eine Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern schwerpunktmäßig zugrunde. Neben der verstärkten Elternarbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen (siehe dazu Kapitel Familien und Kinder – Betreuung, Prävention und Elternarbeit) muss auch die aufsuchende Arbeit bei Familien, die beispielsweise bei den Eltern-Kind-Zentren der Kinderfreunde Linz derzeit implementiert wird, verstärkt werden. Beispielsweise wird bei Sprachdefiziten von Kindern die Erreichbarkeit der Eltern als zentral gesehen, da diesen in der Förderung der Kinder eine wichtige Rolle zukommt, gelingen kann dies nur über aufsuchende Arbeit.

Pilotprojekt: Soziale Arbeit mit Jugendgruppen

Darüber hinaus braucht es Projekte, die mit Jugendlichen arbeiten, die bereits durch Delikttauffälligkeiten bekannt sind. Die Stadt Linz hat daher bereits im Jahr 2020 das Projekt „Soziale Arbeit mit Jugendgruppen“ des Vereins mopäd-mobile Pädagogik GmbH in Auftrag gegeben, dessen Umsetzung sich coronabedingt allerdings verzögern wird. Nach Ablauf des vollen ersten Projektjahres wird es evaluiert und bei Erfolg in den Regelbetrieb übernommen bzw. gegebenenfalls adaptiert und angepasst.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

Ausbau der Teenie-Arbeit	<p>Das Angebot „Teenie-Arbeit“ in der Stadt Linz für sog. „Lückekinder“ wird weiter ausgebaut.</p> <p>Mit einem Teenie-Bus als soziale Innovation der Stadt Linz wird darüber hinaus die mobile aufsuchende Jugendarbeit im öffentlichen Raum sichtbar gemacht.</p>
Sportsozialarbeit	<p>Mit einem Pilotprojekt Sportsozialarbeit wird eine niederschwellige aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit über den Zugang von sportlichen Mitmach-Aktivitäten initiiert.</p>
Projekt für Jugendliche mit Delikttauffälligkeiten	<p>Das Projekt „Soziale Arbeit mit Jugendgruppen“, wird nach Ablauf des ersten Jahres evaluiert und bei Erfolg in den Regelbetrieb übernommen.</p>

Freizeit und Sport

Das Freizeit- und Ferienangebot der Stadt Linz für Familien, Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise das flächendeckende Angebot der Eltern-Kind-Zentren, wird auch in Zukunft beibehalten. Der Verein Jugend und Freizeit (VJF) ist in der Teenie- und Jugendarbeit ein starker und wichtiger Partner. Die Betreuungsangebote, wie etwa „Pippi – Play im Park“, bieten eine wichtige Ergänzung in den Ferienzeiten (siehe dazu Kapitel Kinder und Jugendliche – Prävention und Beratung in der Freizeit).

In der Stadt Linz gibt es in Summe 112 öffentliche Kinder- und Jugendspielplätze, zahlreiche Einrichtungen bieten unterschiedliche Kultur- und Freizeitangebote für Familien an. Die Nachwuchs- und Jugendarbeit hat bei den Linzer Sportvereinen einen zentralen Stellenwert. Mit dem Ferienangebot „Fun and Action“ bietet darüber hinaus die LIVA ein eigenes Sportprogramm, um Kinder und Jugendliche zu sportlichen Aktivitäten zu motivieren und ihnen die Möglichkeit zu bieten, alternative Sportarten auszuprobieren.

Sozio-kulturelle Angebote in den Stadtteilen

Einen Bedarf gibt es bei dezentralen Veranstaltungen in den Stadtteilen. Aktuell werden viele Veranstaltungen sozio-kultureller Natur, wie etwa die Kinderklangwolke oder das Kinder-Pflasterspektakel, im Zentralraum angeboten. Daher wird künftig ein Augenmerk darauf gelegt, dass mehr Veranstaltungen dezentral stattfinden. Mit Projektpartnern, wie etwa dem Kinderkulturzentrum Kuddelmuddel, wird ein Konzept überlegt, wie dies ergänzend zu den bereits vorhandenen und etablierten Angeboten erfolgen kann.

Einrichtung einer Familien-App

Die zahlreichen Angebote der Stadt Linz für Kinder, Jugendliche und Familien sollen künftig zielgerichteter und gebündelt an die Zielgruppe herangetragen werden. Neue Technologien können dafür genutzt werden. Die Stadt Linz prüft in Kooperation mit dem Innovationsbüro die Umsetzung einer App oder anderer geeigneter Tools, in der Angebote für Kinder und Familien sichtbar sind und die von Familien tagesaktuell genutzt werden kann. Diese technische Möglichkeit soll modern und praktisch in der Handhabe sein. Verbunden werden könnte mit ihr z.B. eine Erinnerungsfunktion, wenn Veranstaltungen stattfinden oder eine Anmeldefunktion, mit der die Anmeldung zu den Angeboten direkt erledigt werden kann.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

Sozio-kulturelle Veranstaltungen in den Stadtteilen	In den Stadtteilen wird es mehr sozio-kulturelle Veranstaltungen geben, um Kinder und Jugendliche vor Ort zur Teilnahme zu motivieren.
App für Familien	In Zusammenarbeit mit dem Innovationsbüro wird die Möglichkeit der Einrichtung einer Familien-App geprüft.



Kapitel 3

Jugendliche und Jung erwachsene

Jugendliche und Jungerwachsene

Schule und Beruf

Ab dem Jahr 2015 gab es in Linz einen Babyboom. Es ist eine logische Schlussfolgerung, dass in den nächsten Jahrzehnten die Anzahl der Jugendlichen und Jungerwachsenen in der Stadt Linz steigen wird. Linz bietet jungen Menschen zahlreiche Aus- und Weiterbildungsangebote sowie viele verschiedene Berufsmöglichkeiten an, dieser Standard soll auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben.

Berufliche Chancen verwirklichen

Die Stadt Linz engagiert sich seit vielen Jahren intensiv beim Thema Jugendbeschäftigung und bietet ein breites Angebot an Berufseinstiegs- sowie Ausbildungsmaßnahmen. Der Magistrat und die Unternehmen der Unternehmensgruppe Stadt Linz bieten jährlich rund 100 neue Lehrstellen in 31 verschiedenen Lehrberufen für interessierte Jugendliche an. Mit insgesamt 300 Lehrstellen zählt die Stadt Linz in Oberösterreich zu den größten Ausbildungsbetrieben. Der Großteil des Lehrstellenangebotes wird vom Magistrat angeboten, welcher mit einem breiten Unterstützungs- und Ausbildungsangebot auch Jugendlichen mit Leistungsschwierigkeiten eine Perspektive auf eine erfolgreiche Berufsausbildung eröffnet. Für Pflichtschulen werden im Rahmen von Schulveranstaltungen berufspraktische Tage in verschiedensten Berufen bei der Stadt Linz organisiert. Zusätzliche Praktika und Arbeitstrainings für Jugendliche in überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen sowie in Berufsintegrationsmaßnahmen erweitern das Angebot zur Berufsorientierung. Die Stadt Linz unterstützt sowohl finanziell wie auch mittels Praktikumsvereinbarungen verschiedenste Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und Integration von Jugendlichen am Arbeitsmarkt.

Um Jugendlichen die Chance zu geben, die Stadt Linz und die Unternehmensgruppe der Stadt Linz (UGL) als Arbeitgeber besser kennenzulernen, werden Schnuppertage angeboten. Als frühzeitige Möglichkeit zum Kennenlernen gibt es künftig das Angebot „Lerne das Unternehmen UGL kennen“, um bereits Kindern den Kontakt zu bieten.

Im Auftrag der Stadt Linz führt der Verein für Sozial- und Gemeinwesenprojekte (VSG) zahlreiche Projekte durch, um Jugendarbeitslosigkeit entgegen zu treten. Dazu zählen insbesondere die Projekte KICK und LEARN.fit. Die Corona-Krise hat besonders Jugendliche und deren Ausbildungsperspektiven hart getroffen. Besonders die Bildungsverliererinnen und -verlierer werden in Zukunft vermehrt Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungs- und/oder Arbeitsplatz zu finden. Diese Zielgruppe hat im Sozialprogramm daher einen besonderen Stellenwert. Mit dem Projekt „Perspektive Lehre“ wurde erst 2020 ein zusätzliches Angebot geschaffen, das Jugendliche bei der Ausbildungssuche unterstützt. Die Stadt Linz als eine der größten Lehr- und Ausbildungsbildnerin in Linz unterstützt diese Maßnahmen durch die Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen. Aufgrund der steigenden Jugendarbeitslosigkeit wird dieses Projekt verlängert und bei Bedarf weiter ausgebaut.

Schulsozialarbeit als flächendeckendes Angebot

Linz zählte im Schuljahr 2019/20 insgesamt rund 42.300 SchülerInnen. Mehr als 13.600 besuchen eine allgemeinbildende Pflichtschule (Volksschule, Neue Mittelschule, Polytechnische Schule, Sonderschule oder sonstige allgemeinbildende Schule), knapp 9.600 eine Berufsschule und mehr als 10.400 eine allgemeinbildende höhere Schule (Unter- und Oberstufe). Die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen an den betreffenden 12 Standorten, die üblicherweise nach einer Neuen Mittelschule bzw. Gymnasium-Unterstufe besucht werden, zählen im Schuljahr 2019/20 mehr als 7.100 SchülerInnen. Weiters werden an lehrer- und erzieherbildenden Schulen rund 1.500 SchülerInnen unterrichtet.

Mit der sozialen Innovation Schulsozialarbeit, die aktuell an 2/3 der Pflichtschulen in Linz vor Ort ist, wurde ein wesentliches Instrument zur frühzeitigen Entdeckung und Bearbeitung von Schwierigkeiten und Auffälligkeiten von Jugendlichen installiert. Der Wert dieser Sozialarbeit vor Ort ist unumstritten, ein Ausbau – in Verflechtung mit einem Ausbau der Kindergartensozialarbeit (siehe Kapitel Familien und Kinder – Betreuung, Prävention und Elternarbeit) – wird daher forciert.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

Ausbau von weiteren Maßnahmen zur frühzeitigen Abfederung von Jugendarbeitslosigkeit	Mit der UGL wird ein Pilotprojekt für Schnuppertage „ Lerne das Unternehmen UGL kennen “ entwickelt. Das Pilotprojekt des VSG „ Perspektive Lehre “ wird verlängert und gegebenenfalls adaptiert.
Weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit	Die derzeit an etwa 2/3 der öffentlichen Schulen angebotene Schulsozialarbeit wird bedarfsgerecht – in Verflechtung mit einem Ausbau der Kindergartensozialarbeit – weiter ausgebaut.

Darüber hinaus wird sich die **Stadt Linz** für die **Umsetzung folgender Maßnahmen** einsetzen:

Die Stadt Linz ist gesetzlich verpflichtet, Schulärztinnen und Schulärzte zur Verfügung zu stellen. Der Schulgesundheitsdienst, wie er derzeit angeboten wird, stellt sich aber als nicht mehr zeitgemäß dar. Gesundheitsleistungen müssen zentral von der zuständigen Stelle – der Österreichischen Gesundheitskasse – angeboten werden, aktuell gibt es hier eine Zersplitterung der Zuständigkeiten. Es braucht hier ein modernes, präventives Gesundheitskonzept, welches garantiert, dass Gesundheitsleistungen aus einer Hand gesteuert werden. Die Stadt Linz appelliert an das Land Oberösterreich und die Österreichische Gesundheitskasse, ein derartiges Gesundheitskonzept an der Schnittstelle Gesundheitssystem – Schule/Kindergarten zu erarbeiten.



Foto: Ingo Bartussek / Adobe Stock

Kapitel 4

Ältere und Betagte

Ältere und Betagte

Pflege und Betreuung

Vollversorgung bei der stationären Pflege

Die Stadt Linz bietet für Ältere und Betagte, die Pflege und Betreuung benötigen, ein breites Spektrum an Leistungen an. Mit rund 1.200 Pflegeplätzen in städtischen und beinahe 800 in nicht-städtischen SeniorInnenzentren gibt es eine Vollversorgung bei der stationären Pflege. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen Pflegeplatz in Linz liegt weit unter dem Durchschnitt anderer Bezirke. Die Stadtforschung Linz erstellt regelmäßig eine Bedarfsrechnung zur Abschätzung der Entwicklung des Bedarfs an Pflegeheimplätzen. Diese soll die Grundlage für die Wahl eines Standortes zur Errichtung eines neuen Seniorenheimes in Linz bilden. Wenn die prognostizierte Entwicklung eintrifft, wird in Linz ab 2025 ein weiteres Seniorenzentrum (SZ) benötigt, ab 2030 wird man von zwei zusätzlichen Pflegeheimen ausgehen müssen. Das heißt, bei einer Bauzeit von ca. zwei Jahren wird im kommenden Jahr die Standortentscheidung für neue Einrichtungen zu treffen sein. Am wahrscheinlichsten wird in Urfahr ein neues Heim benötigt, ebenso in absehbarer Zeit in Kleinmünchen bzw. im Stadtgebiet Bindermichl. Mit den drei städtischen und den privaten Tageszentren gibt es darüber hinaus Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren, die noch zu Hause wohnen, tageweise aber Pflege und Betreuung benötigen.

Einen Überblick über alle Leistungen für Linzer Seniorinnen und Senioren findet sich auf der Homepage der Stadt Linz unter https://www.linz.at/zahlen/060_Soziales/020_Senioren/.



Soziale Innovation 7: Technologische Ansätze in der Demenzbetreuung

Die große Herausforderung der Zukunft liegt in der Betreuung demenzerkrankter Seniorinnen und Senioren. Beim Bau von neuen SeniorInneneinrichtungen wird daher – wie bereits beim Bau des SZ Liebigstraße – auf diese besondere Herausforderung Rücksicht genommen. Dies gilt auch für den Bau eines neuen Tageszentrums, sollte der Bedarf mit den aktuellen Zentren nicht mehr gedeckt werden können.

Zudem braucht es besonders in der Demenzbetreuung eine Verbindung zwischen sozialen und technischen Innovationen. Die Stadt Linz wird daher in Kooperation mit dem Innovationsbüro vermehrt technische Innovationen forcieren, die Demenzerkrankten Unterstützung und Hilfe anbieten sowie das Pflegepersonal vor Ort entlasten. Diese technischen Innovationen sollen darüber hinaus auch Möglichkeiten bieten, den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Beispiele aus anderen Ländern zeigen zudem völlig neue Wege auf, wie eine fundierte Betreuung demenzerkrankter Personen aussehen kann. Anhand dieser Beispiele ersucht die Stadt Linz das Land Oberösterreich, die Möglichkeit zur Errichtung von Demenzquartieren oder Demenzdörfern, wie es sie in Deutschland oder den Niederlanden bereits gibt, zu prüfen.

Unterstützung von SeniorInnen ohne Angehörige

Vermehrt gibt es Menschen, die keine Angehörigen haben, die sich um die organisatorischen Angelegenheiten beim Einzug in ein SZ kümmern können. Die Sozialberatungsstellen Kompass erarbeiten daher ein Konzept, wie alleinstehende Pflegebedürftige künftig besser unterstützt und beraten werden können. Ebenso werden Überlegungen getroffen, wie ältere Menschen ohne Angehörige hinsichtlich der Gestaltung ihres Lebensabends (Stichwort Angebote der mobilen und stationären Einrichtungen bis hin zu Patien-

tenverfügung, Hospiz, Sterbebegleitung, Testament) beraten und begleitet werden können. Als zentral erscheint dabei bereits im Vorfeld eine Kontaktaufnahme bei wesentlichen Bruchlinien im Lebenslauf, wie etwa Tod des Partners / der Partnerin oder schweren Krankheitsverläufen. Eine Informationskampagne gegen Vereinsamung für ältere Menschen, besonders bei biografischen Übergängen, wird dazu erarbeitet. Darüber hinaus braucht es vermehrt Solidarität in kleineren Strukturen – Details dazu finden sich aufgrund thematischer Überschneidungen in den Kapiteln „Stadtteileben und Sozialraum“ sowie „Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit“.

SeniorInnenzentren zu Netzwerkzentren entwickeln

Die Einrichtungen der Seniorenzentren Linz GmbH fungieren künftig mehr als Netzwerkzentren rund um zentrale Fragen der Pflege. Die Häuser sind grundsätzlich schon jetzt für alle Linzerinnen und Linzer geöffnet, vermehrt sollen sie künftig etwa auch als Anlaufstelle für pflegende Angehörige, für präventive Maßnahmen und Schulungen genutzt werden oder zB. Vorträge zu altersspezifischen Themen angeboten werden. Damit können sich die Seniorenzentren neben der klassischen Arbeit in der Pflege und Betreuung zu einer Drehscheibe im Stadtteil entwickeln und auch für pflegenden Angehörige eine große Hilfe sein. Zentral dabei ist, dass dies nicht über das Personal der SeniorInnenzentren abgewickelt werden soll, sondern die Vernetzung von bereits bestehenden Angeboten in den Mittelpunkt gerückt wird. Um dies in der praktischen Handhabe zu testen, wird in einer Einrichtung ein Pilotprojekt dazu gestartet.

Besonderes Augenmerk soll dabei auch darauf gelegt werden, wie pflegende Angehörige zuhause gut unterstützt werden können. Denkbar sind beispielsweise Möglichkeiten des Austauschs, Schulungen, Übungseinheiten oder Veranstaltungen zum Wissenstransfer in den Einrichtungen der SZL.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

Bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungseinrichtungen	Die Stadt Linz wird auch künftig einen bedarfsgerechten Ausbau von SeniorInneneinrichtungen , insbesondere Alten- und Pflegeheime, basierend auf den Prognosen der Stadtforschung Linz, betreiben.
Entwicklung zusätzlicher Methoden in der Demenzbetreuung	Beim Bau eines neuen SeniorInnenzentrums, wie auch anderer Einrichtungen, ist die Demenzbetreuung ein wesentlicher Leitfaden in der Planung und Umsetzung des Baus. In Kooperation mit dem Innovationsbüro werden neue zusätzliche Möglichkeiten zur Demenzbetreuung , insbesondere neue innovative technologische Ansätze , gesucht und gegebenenfalls erprobt. Weitere Maßnahmen, die älteren Menschen den Verbleib in den eigenen vier Wänden ermöglichen, werden entwickelt. Denkbar ist dabei eine Zusammenarbeit mit dem Innovationsbüro bzw. den lokalen Start-Ups, beispielsweise bei Überlegungen zu Smart Homes.
Unterstützung von SeniorInnen ohne Angehörige	Die Sozialberatungsstellen Kompass erarbeiten ein Konzept, wie alleinstehende Pflegebedürftige künftig besser unterstützt werden können. Eine Informationskampagne gegen Vereinsamung wird erarbeitet.
Seniorenzentren als Netzwerkzentren	In einer Einrichtung der SZL wird ein Pilotprojekt gestartet, wie das Seniorenzentrum künftig vermehrt als Netzwerkzentrum fungieren kann.

Darüber hinaus wird sich die **Stadt Linz** für die **Umsetzung folgender Maßnahmen** einsetzen:

Die Möglichkeit zur Einrichtung von **Demenzdörfern oder Demenzquartieren**, wie es sie in anderen europäischen Ländern bereits gibt, soll auch in Oberösterreich geprüft werden. Die Stadt Linz tritt mit diesem Ansuchen an das Land Oberösterreich heran.

Die **strukturelle Veränderung der Angebotslandschaft** für Ältere und Betagte ist für die Stadt Linz eine zentrale Herausforderung. Für die Gruppe der Älteren und Betagten braucht es eine Vielfalt an Angeboten, die mehrere Abstufungen hinsichtlich der Unterstützungsintensität bietet. So benötigt es ergänzende Angebote, die zwischen den aktuellen altersgerechten, von mobilen Diensten unterstützten Wohnformen und Alten- und Pflegeheimen angesiedelt sind.

Alternative Wohnformen sind für viele ältere Personen bereits zu hochschwellig. Daher sind Betreuungsformen mit mehr Unterstützung (v.a. durch Anwesenheit von Nachtdiensten) notwendig.

Besonders essentiell erachten Expertinnen und Experten das Schaffen von speziellen Angeboten abseits der Alten- und Pflegeheime für die Personengruppe mit psychischen Problemen oder Alkoholsucht. In Kooperation und Absprache mit dem Land Oberösterreich wird daher bei künftigen Planungen besonders auf diese neuen Angebotsformen Bedacht genommen.

Langfristig wird zudem ein neues **Modell der Überleitungspflege** angestrebt. Wenn ältere Menschen aus dem Krankenhaus entlassen werden, werden sie oftmals in einer stationären Pflegeeinrichtung untergebracht, obwohl eine Remobilisierung oder eine Rehabilitation möglich und sinnvoll wäre. Um dies zu erkennen, braucht es eine Zeit in einer Überleitungspflege. Bei einem Neubau eines Alten- und Pflegeheims wird dies in Kooperation mit Krankenhäusern, Tageszentren etc. mitgedacht und entsprechende Möglichkeiten werden überlegt. Generell ist die Kurzzeit- und Übergangspflege als Schnittstelle wichtig, um den Einzug ins Alten- und Pflegeheim zeitlich soweit als möglich hinauszuzögern. Die Kurzzeit- und Übergangspflege sollte nicht als Übergang bzw. erster Schritt ins Alten- und Pflegeheim verstanden werden, sondern tatsächlich nur vorübergehend – bis eine Verbesserung der Situation eingetreten ist – genutzt werden (z.B. bei einem Schlaganfall oder Oberschenkelhalsbruch). Die Überleitungspflege ist Aufgabe der Krankenanstalten, Remobilisierung und Rehabilitierung müssen dort erfolgen mit dem Ziel, die Personen wieder für ein möglichst weitgehend selbständiges Leben fit zu machen. Dieser Schwerpunkt kann in stationären Einrichtungen nicht realisiert werden. Die Kurzzeitpflege würde dadurch entlastet werden und wieder zu ihrer ursprünglichen Idee zurückfinden, nämlich eine kurzzeitige Überbrückung (wie etwa Urlaub oder Krankenhausaufenthalte von pflegenden Angehörigen). Wie dies künftig gestaltet werden kann, soll in Absprache mit dem **Land Oberösterreich**, den **Krankenanstalten**, der **Österreichischen Gesundheitskasse** und den **Trägern von Einrichtungen** erarbeitet werden.

Die Frage, wie die **Finanzierung der Pflege** künftig erfolgen kann, steht zentral im Vordergrund bei weiteren Überlegungen. Ergänzend dazu werden Überlegungen, wie die Kurzzeitpflege künftig finanziert werden kann, vorangetrieben. Diese verursachen aktuell hohe Kosten bei den Betroffenen. Ebenso eine zentrale Herausforderung ist die **Personalsituation in der Pflege**. Aktuell gibt es bereits zu wenig Personal, vor allem bei den mobilen Diensten. Auch die unterschiedliche Entlohnung zwischen stationärer und mobiler Pflege muss beseitigt werden. Dazu gehört auch die verstärkte Honorierung des Berufs Altenpflege. Es braucht neue Ausbildungswege für Pflegekräfte, um den Bedarf künftig abdecken zu können. Angedacht werden sollte ein Stipendien-Modell für berufliche WiedereinsteigerInnen: Viele können sich einen Umstieg aktuell nicht leisten, eine Stiftungsteilnahme stellt sich für viele Interessierte als zu komplex dar. Es braucht daher ein Stipendien-Modell, das auch WiedereinsteigerInnen anspricht und finanzielle Anreize schafft, damit jene, die einen Pflegeberuf ergreifen wollen, in der Bildungsphase auch davon leben können. Dabei wird

empfohlen, Arbeitslosigkeit nicht als Voraussetzung für eine Stiftungsteilnahme zu definieren. Außerdem sollte auf überregionale Stipendienmodelle (Oberösterreich oder Österreich) gesetzt werden, die bundesweite Pflegestiftung, die vom Österreichischen Gewerkschaftsbund konzipiert wurde, kann dafür als Basis dienen. Überlegungen dahingehend werden mit der Taskforce Pflege des Bundesministeriums abgestimmt.

Zur Unterstützung des Pflegepersonals wäre es darüber hinaus notwendig, dass viele Tätigkeiten, die derzeit durch das (diplomierte) Pflegepersonal durchgeführt werden, künftig von beispielsweise hauswirtschaftlichen Kräften ausgeübt werden. Der Einsatz dieser Kräfte würde das Pflegepersonal entlasten, die sich wiederum mehr um die Bewohnerinnen und Bewohner kümmern könnten. Überlegungen dahingehend werden in Bezug auf die **Heimverordnung** in Kooperation mit den Seniorenzentren Linz (SZL) angestrebt und mit dem **Land Oberösterreich** abgestimmt.

Generell wird sich der Wunsch nicht verändern, dass Ältere und Betagte zu Hause in den eigenen vier Wänden verbleiben möchten. Es braucht daher eine noch stärkere Entwicklung in Richtung „mobil vor stationär“. Um dies nachhaltig zu ermöglichen, muss die Gesundheitskompetenz jedes einzelnen und jeder einzelnen gestärkt werden. An die **Österreichische Gesundheitskasse** wird daher appelliert, Überlegungen anzustellen, wie diese **Gesundheitskompetenz** gestärkt werden kann. Zentral dabei sind auch Fragen, wie das Wohnumfeld gestaltet werden kann, sodass ein möglichst langer Verbleib in den eigenen vier Wänden möglich ist und ein solider Gesundheitszustand lange erhalten bleibt.

Einen besonderen Stellenwert erhält darüber hinaus die Arbeit zur **frühzeitigen Prävention von Demenz**. In Kooperation mit der **Österreichischen Gesundheitskasse** sollen daher bereits bestehende Initiativen zur Demenzprävention gebündelt werden und Überlegungen getroffen werden, wie dies vermehrt beworben werden kann. Die Stadt Linz setzt dazu in Form von verstärkter Öffentlichkeitsarbeit mit den Anbietern einen Schwerpunkt, besonders in bestehenden Einrichtungen, wie etwa Senioren- und Tageszentren oder den Clubs Aktivs.

Einen zentralen Stellenwert wird vermehrt das Thema **Altersarmut bei Frauen** einnehmen (müssen). Dies trifft als Querschnittsmaterie viele Bereiche des sozialen Lebens, wie etwa Gesundheitsversorgung und -vorsorge, Betreuung im Alter, wie auch Isolation und Vereinsamung im Alter. Ein engmaschiges Netz an sozialer (Ab-)Sicherheit für Frauen, die von Altersarmut betroffen sein (könnten) muss daher zentral bei künftigen Planungen mitgedacht werden.

Freizeit und Mobilität

Erhalt der Clubs Aktiv und neuer Wochenend-Club

Die zehn städtischen Clubs Aktiv bieten eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung an. Coronabedingt hat sich die Eröffnung eines zweiten Wochenend-Clubs (neben jenem in Dornach) verzögert. Dieser startet sobald es coronabedingt möglich ist – die Besuchszahlen werden laufend evaluiert und gegebenenfalls das Angebot angepasst. Darüber hinaus gibt es zahlreiche SeniorInnenorganisationen, die für die ältere Generation Freizeitmöglichkeiten und Unterhaltung anbieten.

Maßnahmen gegen Vereinsamung

Nichts-desto-trotz gibt es Seniorinnen und Senioren, die diese Angebote nicht nutzen. Vermehrt ist das Thema Vereinsamung, besonders im städtischen Raum, präsent. Zu Beginn des Jahres 2019 startete das Pilotprojekt SPALLER.MICHL des Unabhängigen LandesFreiwilligenzentrums (ULF). Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem Projekt werden nach Abschluss evaluiert und gegebenenfalls weiterentwickelt, um ähnliche Projekte in weiteren Stadtteilen anzubieten. Gleichzeitig wird das Angebot „Aktion Mittagstisch“, das derzeit alle städtischen SeniorInnenzentren anbieten, wieder verstärkt beworben und die privaten Heime werden kontaktiert, in wie weit dieses Angebot ihrerseits ebenso möglich ist.

Um für die Zukunft die bestmöglichen Maßnahmen gegen Vereinsamung anbieten zu können, wird das Thema in einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe weiter behandelt werden. Zu dieser Arbeitsgruppe werden Vertreterinnen und Vertreter von unterschiedlichen Einrichtungen, Organisationen und Vereinen eingeladen, um ihre best-practice-Beispiele zu präsentieren. Denkbar ist darüber hinaus die Einbindung von Wissenschaft und Forschung, wie auch Erfahrungen und Erkenntnisse aus anderen Städten. Daraus werden in weiterer Folge Maßnahmen gegen Vereinsamung abgeleitet.

Digitalisierungsoffensive

Gerade die Corona-Krise hat die Situation in Bezug auf Vereinsamung verstärkt. Während die jüngere Generation die technischen Mittel genutzt hat, um mit der Außenwelt in Kontakt zu bleiben, war dies oftmals für Seniorinnen und Senioren eine enorme Herausforderung. Die Stadt Linz forciert daher in Kooperation mit der VHS und SeniorInnenorganisationen die Stärkung der digitalen Kompetenz älterer Linzerinnen und Linzer. Darüber hinaus werden Pilotprojekte etabliert, die mittels technischer Lösungen einer Vereinsamung entgegenwirken, wie beispielsweise ein digitaler Mittagstisch, wo sich ältere Menschen über Videokonferenz gemeinsam zum Mittagessen verabreden können.

Durchgängige Barrierefreiheit

Zentral ist das Thema Barrierefreiheit. In Kooperation mit den LINZ LINIEN wird ein verstärktes Augenmerk auf die durchgängige Barrierefreiheit der öffentlichen Verkehrsmittel gelegt. Bei künftigen Umstellungen wird darauf geachtet, dass die Beschriftung bei den Automaten für alle Menschen barrierefrei nutzbar ist. Dies betreffen beispielsweise die Größe und Farbe der Schriften. Bei der (Um-)Gestaltung von Bushaltestellen wird verstärkt auf Barrierefreiheit geachtet. In Kooperation zwischen der LINZ AG und dem Innovationsbüro wird zusätzlich die Möglichkeit einer App geprüft, die via Handy das Ausfahren der Rampe bei Verkehrsmittel zulässt. Die Stadt Linz bekennt sich zudem zu einer durchgängigen Barrierefreiheit des öffentlichen Raums. Dies betrifft auch öffentliche Einrichtungen wie etwa Volkshäuser. In vielen Stadtteilen gibt es keine ausreichenden Sitz- und Ausruhmöglichkeiten. Mögliche Standorte dafür werden in Abstimmung mit den zuständigen Stellen geprüft. Das Thema Barrierefreiheit muss zudem zentral als übergreifende Mainstream-Strategie in allen Ressorts wieder vermehrt Eingang finden.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

<p>Erhalt der Clubs Aktiv und Einrichtung eines zweiten Wochenend-Clubs</p>	<p>Neben den bereits bestehenden zehn Clubs Aktiv wird ein neuer zusätzlicher Club mit Wochenend-Betrieb eröffnet.</p>
<p>Maßnahmen gegen Vereinsamung</p>	<p>Nach Abschluss des Projekts SPALLER.MICHL werden die Erfahrungen und die Nachhaltigkeit evaluiert und Erkenntnisse für die Zukunft abgeleitet.</p> <p>Die „Aktion Mittagstisch“ der städtischen SZ wird verstärkt beworben. Private Alten- und Pflegeheime in der Stadt Linz werden wegen eines vergleichbaren Angebots kontaktiert.</p> <p>Eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe behandelt das Thema Vereinsamung mit dem Ziel der Ableitung weiterer Maßnahmen.</p>
<p>Stärkung der digitalen Kompetenz</p>	<p>In Kooperation mit SeniorInnenorganisationen und der VHS werden Maßnahmen gesetzt, um die digitale Kompetenz von SeniorInnen zu stärken. Dabei werden auch Methoden entwickelt, wie Digitalisierung gegen Vereinsamung eingesetzt werden kann.</p>
<p>Barrierefrei durch die Stadt</p>	<p>In Kooperation mit den LINZ LINIEN wird ein verstärktes Augenmerk auf die durchgängige Barrierefreiheit der öffentlichen Verkehrsmittel gelegt.</p> <p>Die Stadt Linz bekennt sich zu einer durchgängigen Barrierefreiheit des öffentlichen Raums. In vielen Stadtteilen gibt es keine ausreichend Sitz- und Ausruhmöglichkeiten. Mögliche Standorte dafür werden in Abstimmung mit den zuständigen Stellen geprüft.</p>

Des Weiteren soll vermehrt auf die aktive Einbindung von SeniorInnen in der Ehrenamtlichkeit geachtet werden. Konkrete Maßnahmen dazu finden sich im Kapitel „Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit“.



Foto: Leonie Zettl / unsplash.com

Kapitel 5

Von Ausgrenzung und Armut gefährdete Personen

Von Ausgrenzung und Armut gefährdete Personen

Menschen mit Beeinträchtigungen

Seit Dezember 2005 hat die Stad Linz einen eigenen Behindertenkoordinator. Zu seinen Aufgaben zählt unter anderem die Beratung von Betroffenen und deren Angehörigen sowie von Vereinen und Interessensvertretungen in Angelegenheiten für Menschen mit Beeinträchtigungen. Er kümmert sich vor allem um die Betreuung städtischer Dienststellen bei der Umsetzung von Normen und Vorgaben aus diesem Bereich sowie den Ausbau integrativer Kindergarten- und Schulangebote im Stadtentwicklungskonzept. Zu seinen Aufgaben zählen weiters Aktionen zur besseren Akzeptanz von Behindertenparkplätzen, die Entwicklung eines Mobilitätskonzepts zur Qualitätsverbesserung im Öffentlichen Verkehr und von Initiativen zur Freizeitgestaltung. Ebenso wirkt er bei der Planung und Durchführung von baulichen Maßnahmen der Stadt Linz mit und koordiniert städtische Initiativen für barrierefreies Bauen und Gestalten des Straßenraumes.

Zentrale Aufgaben übernehmen darüber hinaus die Bedarfskoordinatorinnen und -koordinatoren der Stadt Linz. Diese sind für die Beratung und Bearbeitung der Leistungen nach dem Oö. Chancengleichheitsgesetz zuständig. Das Oö. Chancengleichheitsgesetz (Oö. ChG) ist seit 1. September 2008 in Kraft. Dieses Gesetz gilt für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, Sinnesbeeinträchtigungen, geistigen, psychischen und mehrfachen Beeinträchtigungen. Zu den Leistungen des Chancengleichheitsgesetzes zählen Heilbehandlungen, Frühförderung, Arbeit und Fähigkeitsserie

Die Schwerpunkte des Aufgabenbereichs der BedarfskoordinatorInnen sind: Beratung von KundInnen und deren Angehörige, von Erwachsenenschutzvertreter und Einrichtungen; Entgegennahme von Bedarfsmeldungen und Anträgen nach dem Oö. ChG.; Prüfung der sachlichen, rechtlichen und persönlichen Voraussetzungen sowie Durchführung des behördlichen Verfahrens wie etwa Assistenzkonferenz oder Bescheid-erstellung.

Soziale Innovation 8: Konferenz der Innovationen

Als Stadt der Innovationen wird die Stadt Linz – trotz formaler Zuständigkeit beim Land Oberösterreich – das Thema Innovationen und Beeinträchtigungen aufnehmen und zu einer Konferenz der „Innovationen für beeinträchtigte/behinderte Menschen“ einladen. Ziel dabei ist die Förderung digitaler Innovationen und die Vernetzung mit innovativen Firmen, um eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen zu erreichen. Zentral ist die Frage, wie dafür technische Innovationen genutzt werden können.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

Abhaltung einer Konferenz der Innovationen

In Kooperation mit Vereinen, Institutionen und innovativen Firmen wird zu einer **Konferenz der Innovationen** geladen mit dem Ziel, technologische Errungenschaften für Menschen mit Beeinträchtigung nutzbar zu machen.

Darüber hinaus wird sich die **Stadt Linz** für die Umsetzung folgender **Maßnahmen** einsetzen:

Es fehlt in der Stadt Linz an ausreichenden **Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen**, vor allem im Bereich Wohnen und geschützte Arbeitsplätze/Werkstätten. Es braucht hier neue Wege, z.B. die Einrichtung einer Jobbörse, Kontakt zu Firmen, Initiativen. Zusätzlich wird ein dichteres Angebot an mobilen Diensten für Menschen mit Beeinträchtigungen benötigt. Die Stadt Linz tritt mit diesem Ansuchen an das **Land Oberösterreich** heran.

Linz ist darüber hinaus als innovative und kulturelle Stadt eine Stadt der Meetings, Treffen und Konferenzen. Die **Betreiber von Freizeit- und Tourismusangeboten** werden hinsichtlich **Barrierefreiheit ihrer Angebote** kontaktiert und bei einer notwendigen Verbesserung bei der Umsetzung unterstützt. Davon profitieren Menschen mit Beeinträchtigungen gleichermaßen wie Seniorinnen und Senioren, aber auch beispielsweise Familien, die mit Kinderwägen unterwegs sind.

Durchgängige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum muss für künftige und weitere Planungen und Stadtentwicklungsprozessen zentrale Querschnittsmaterie sein. Das Sozialressort setzt sich dafür ein, dass das Prinzip „Barrierefreie Stadt“ zu einer Selbstverständlichkeit bei Planungsprozessen wird. Dies betrifft alle Bereiche, beispielsweise den öffentlichen Verkehr, genauso wie Zugangsmöglichkeit zu Geschäften oder die Gestaltung von Baustellen (siehe dazu auch das Kapitel „Ältere und Betagte“).

Finanzielle Probleme

Die Stadt Linz setzt zahlreiche Maßnahmen, um Menschen in besonderen Lebenslagen weitestgehend zu unterstützen. Besonders bei finanziellen Problemen ist hier die Sozialberatungsstelle Kompass Existenzsicherung zu nennen. Als wesentliche freiwillige Sozialleistungen zählen der Aktivpass und der Kautionsfonds als zinsloses Darlehen als wesentliche Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung von Personen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Mit dem Sozialfonds unterstützt die Stadt Linz zudem einmalig Linzerinnen und Linzer, die in eine finanzielle Notlage geraten sind. Der Aktivpass gilt nach wie vor als soziale Innovation in der Landeshauptstadt und ermöglicht finanziell schwächer gestellten Menschen eine soziale Teilhabe in vielen unterschiedlichen Bereichen. Die Aufstockung des Sozialfonds im Pandemiejahr zeigt zudem, dass Linz auf aktuelle Gegebenheiten reagiert und die Linzerinnen und Linzer der sozialen Absicherung vertrauen können.

Die **Stadt Linz** bekennt sich weiterhin zu einem dichten Netz an (freiwilligen) Sozialleistungen, um Menschen, die sich in schwierigen finanziellen Situationen befinden, so gut als möglich zu unterstützen und setzt daher **folgende Maßnahme**:

**Bekanntnis zu den
(freiwilligen) Sozialleistungen
der Stadt Linz**

Die Stadt Linz bekennt sich weiterhin zu ihren (freiwilligen) Sozialleistungen, um in Not geratene Menschen zu unterstützen.

Obdachlosigkeit und (Sucht-)Erkrankungen

Am 23. November 2020 hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, in der die EU und die Mitgliedstaaten aufgerufen werden, Obdachlosigkeit in der Union bis 2030 zu beenden. Darin sprechen sich die EU-Abgeordneten für einen europäischen Rahmen für nationale Strategien zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit aus. Außerdem rufen sie die Mitgliedstaaten auf, Obdachlosigkeit zu entkriminalisieren und auch weiterhin Finanzmittel zu mobilisieren, um das Problem dringend anzugehen.

Das EU-Parlament ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, für einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialleistungen zu sorgen; die Integration von Obdachlosen in den Arbeitsmarkt durch Beschäftigungsprogramme, Schulungen und andere maßgeschneiderte und gezielte Programme zu unterstützen; als befristete Lösung Zugang zu Notunterkünften zu gewähren (zusätzlich zu Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen); an einer gemeinsamen Definition, kohärenten Indikatoren und einer Verbesserung der Datenerhebungsmechanismen zu arbeiten, um das Ausmaß des Problems besser verstehen und bewerten zu können. Nach Ansicht der Abgeordneten sollten Mitgliedstaaten zudem vermehrt „Housing First“-Projekte umsetzen.⁴²

Viele der Maßnahmen für Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, liegen nicht primär im Zuständigkeitsbereich des Sozialressorts der Stadt Linz, sondern im Gesundheitsressort von Stadt und Land oder generell in Landeskompetenz. Dennoch darf die Stadt Linz nicht untätig sein und setzt im Rahmen des Sozialprogramms in Abstimmung mit den zuständigen Stellen **folgende Maßnahmen**:

Für Familien, die delogiert werden müssen, braucht es mehr **Übergangswohnungen**. Davon gibt es in Linz zu wenige, auf die die Stadt zugreifen kann. Die Stadt Linz führt dazu Gespräche mit den **Wohnbauträgern**, welche Unterstützungsmöglichkeiten es ihrerseits gibt.

Als Ergänzung zu dem grundsätzlich sehr guten Angebot in der Obdachlosenbetreuung soll in Zusammenarbeit zwischen Stadt Linz und **Land Oberösterreich** zusätzlich das Konzept des **housing first** umgesetzt werden. Housing first basiert auf folgenden fünf Grundprinzipien: direkter Zugang zu eigenem und dauerhaftem Wohnen, Trennung von Wohnungsverwaltung und persönlichen Hilfen, flexible Hilfen für individuelle Bedarfslagen, Selbstbestimmung und Partizipation sowie Förderung sozialer Inklusion. Zwischen der/dem Klient/in und der betreuenden Organisation wird eine Betreuungsvereinbarung geschlossen. Die darin enthaltenen Zielvereinbarungen werden auf dialogischer Ebene mit dem Klienten getroffen. In einer intensiven Abklärungsphase (2-3 Monate) werden passende Kriterien, die eine Wohnung für den Klienten erfüllen muss, gemeinsam erarbeitet. Zwischen den KlientInnen und den VermieterInnen besteht ein Mietvertrag. Zwischen der betreuenden Organisation und den VermieterInnen wird ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. Die Form des Betreuungsverhältnisses ist also kein Wohnen im institutionellen Umfeld, sondern ein Prozess der De-Institutionalisierung, sprich wohnungslose Menschen bekommen gleich eine eigene Wohnung zugeteilt und werden nicht über Wohnunglosenhilfeeinrichtungen in einem Nachtquartier oder in einer Übergangswohnung betreut. Voraussetzung ist, dass alle **Wohnbauträger** leistbare Wohnungen zur Verfügung stellen.

⁴² <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20201119STO92006/parlament-will-obdachlosigkeit-in-der-eu-beenden>, abgerufen am 30.4.2021

Bereits mehrmals hat die Stadt Linz an das **Land Oberösterreich** die Forderung nach **niederschweligen Angeboten für Obdachlose und/oder non- bzw. low-compliant Personen** gerichtet. Es braucht ein Angebot für jene Menschen, die organisierte Einrichtungen aus welchen Gründen auch immer nicht in Anspruch nehmen können/wollen. Vorbild dafür sind Einrichtungen in Wels und Steyr: Hier gibt es Zimmer, die von außen zugänglich sind, man muss mit anderen Menschen nicht in Kontakt treten und hat einen eigenen Rückzugsort.

Im Bereich der Suchterkrankungen sollen **Tagesstrukturen für Suchtkranke** wie auch mehr Ressourcen für niederschwellige Beschäftigungsangebote (Bsp. backup) durch das **Land Oberösterreich** weiterverfolgt werden.

Die **Erarbeitung einer Linzer Suchtstrategie**, wie im Linzer Gemeinderat im Juli 2019 beschlossen, wird in **Kooperation mit dem Gesundheitsressort der Stadt Linz** und in bereits begonnener Kooperation mit dem **Institut Suchtprävention** weiterverfolgt.

Als zentrales Unterstützungs- und Integrationselement gilt darüber hinaus die Stadtteil- und sozialraumorientiert Arbeit. Details dazu finden sich aufgrund der thematischen Zuordnung im Kapitel „Stadtteileben und Sozialraum“.



Foto: Christopher Burns / unsplash.com

Kapitel 6

Arbeit und Beschäftigung

Arbeit und Beschäftigung

Linz ist Österreichs Stadt der Arbeit. So gibt es beispielsweise in Linz mehr Arbeitsplätze als EinwohnerInnen, die zweitgrößte Bruttowertschöpfung Österreichs, in 12.500 Unternehmen stehen 210.000 Arbeitsplätze zur Verfügung – und jeder 4. Arbeitsplatz in Oberösterreich befindet sich innerhalb der 100 Quadratkilometer der Landeshauptstadt, die selbst nur 8 Promille (0,008 Prozent) des gesamten Bundeslandes umfasst. Zudem ist knapp die Hälfte aller LinzerInnen erwerbstätig.

Arbeitslosigkeit entschieden entgegenreten

Die Corona-Pandemie hat jedoch auch den Linzer Arbeitsmarkt schwer erschüttert: Im Dezember 2020 waren in Linz exakt 11.854 Menschen arbeitslos gemeldet, um 25 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Zahl der arbeitslosen Männer ist innerhalb der letzten 12 Monate um 22 Prozent gestiegen, jene der arbeitslosen Frauen sogar um 30 Prozent. Zuletzt waren 60 Prozent der Arbeitsuchenden Männer, 40 Prozent Frauen. Alleine im Vergleich zum Vormonat November ist die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden um 15 Prozent gestiegen. Mit dem „Pakt für Linz“, der 65 Millionen Euro umfasst, leistet die Stadt einen großen Beitrag zur Konjunkturbelebung und sichert damit Arbeitsplätze. Besonderen Schwerpunkt im Sozialprogramm hat zudem die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Die konkreten Maßnahmen werden im Kapitel „Jugendliche und Jungerwachsene – Beruf und Schule“ genannt.

Soziale Innovation 9: Jobimpuls

Das Beschäftigungsprogramm Jobimpuls der Stadt Linz ist bereits im Regelbetrieb enthalten und gilt dennoch bis heute als sozial innovativ. Jobimpuls bietet Menschen, die am ersten Arbeitsmarkt nicht ohne Unterstützung und Vorbereitung eine Beschäftigung erlangen können, Arbeitsintegration, Betreuung am Arbeitsplatz sowie Aus- und Weiterbildung an. Das Programm richtet sich an Menschen, die Mindestsicherung beziehen und trotz entsprechender Bemühungen keine Erwerbsmöglichkeiten finden. Jobimpuls leistet im Zuge der Chancengleichheit berufliche Integration für Menschen mit Beeinträchtigungen und beschäftigt zudem Menschen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Maßnahme wird laufend erweitert und aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Erst im Jahr 2020 wurde unter anderem bedingt durch die Corona-Pandemie die maximale Beschäftigungsdauer von 10 Jahren für Menschen mit Beeinträchtigungen aufgehoben.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

**Ausbau des Beschäftigungsprogramms
Jobimpuls**

Ausgehend von dem jetzigen Angebot wird Jobimpuls laufend ausgebaut und erweitert.

Darüber hinaus wird sich die **Stadt Linz** für die Umsetzung folgender **Maßnahmen** einsetzen:

Die **Österreichische Bundesregierung** wird aufgefordert, dringend Maßnahmen zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen, analog der Aktion 20.000, ins Leben zu rufen.

Das **Linzer Arbeitsmarktservice** wird ersucht, verstärkt daran zu arbeiten, wie eine umfassendere **Berufsinformation von Jugendlichen**, aber auch **älteren Arbeitslosen**, erreicht werden kann, da diese oft nur in einem engen Spektrum von Berufen auswählen.



Foto: Stadt Linz / Kreim

Kapitel 7

Wohnen und Wohnumfeld

Wohnen und Wohnumfeld

Stadtteileben und Sozialraum

Linz ist eine Stadt der Mieterinnen und Mieter. Mehr als zwei Drittel der Linzer Wohnungen (rund 80.000) sind Mietwohnungen. Rund 10.000 Wohnungen werden von der jeweiligen Hauseigentümerin oder dem jeweiligen Hauseigentümer bewohnt. Zusammen mit den rund 21.000 Eigentumswohnungen ergibt sich ein Eigentumsanteil von etwas mehr als einem Viertel.

Besonders im Zentralraum wird der Wohnraum knapp. Gute Jobaussichten, ganztägige Kinderbetreuung, hochwertige SeniorenInnenzentren sowie ein umfangreiches Freizeit- und Kulturangebot locken die Menschen in die Stadt. Durch eine rege Wohnbautätigkeit in der Stadt ist es bisher gelungen, die Nachfrage am Wohnungsmarkt zu decken und so auch die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt einigermaßen stabil zu halten. Im österreichweiten Städtevergleich liegt die Stadt bei den Wohnkosten im Mittelfeld. In Wien und im Westen Österreichs, etwa in Bludenz, Feldkirch, Bregenz, Innsbruck und Salzburg liegen die Kosten deutlich höher. Dennoch ist die Nachfrage am Wohnungsmarkt nach wie vor sehr groß, auch wenn – pandemiebedingt – auch Wohnen außerhalb des Zentralraums wieder an Attraktivität zugenommen hat. Etwa 60 Prozent der mehr als 50.000 Wohnungssuchenden in Oberösterreich möchten nach Linz ziehen, davon 10.000 aus Dringlichkeitsgründen. Die Stadtbevölkerung ist auf 208.000 Personen angestiegen. Also werden weiterhin leistbarer Wohnraum und die dazu gehörende soziale Infrastruktur benötigt, um den hohen Bedarf zu decken und die Preise am Wohnungsmarkt stabil zu halten.

Aus diesem Grund hat der Linzer Gemeinderat im Jahr 2020 das „Linzer Modell zur Forcierung des förderbaren Wohnbaus“ beschlossen. Es beinhaltet Leitlinien im Zusammenhang mit der Veräußerung von städtischen Liegenschaften an Private und im Hinblick auf die Handhabung von Raumordnungsverträgen. Auch der Umgang mit Umwidmungen zur verpflichteten Umsetzung von förderbarem (bzw. sozialem) Wohnbau durch die Projektwerberin/den Projektwerber ist Teil der geplanten Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt zudem unabhängig davon, ob es sich um gemeinnützige Bauvereinigungen oder um gewerbliche Bauträger handelt.

Folgende weitere Ideen werden mit den **Wohnbauträgern** besprochen und gegebenenfalls weitergedacht:

Müll und Mülltrennung ist ein häufiges Konfliktthema in Wohngebieten und führt häufig zu Nachbarschaftsproblemen und schädigt auch die Umwelt. Gemeinsam mit den **Wohnbauträgern** und der **LINZ AG** wird ein Konzept erarbeitet, wie Müllvermeidung und Mülltrennung stärker im Bewusstsein verankert und die Aufklärungsarbeit verbessert werden kann.

Die **GWG-Hausbetreuerinnen und Hausbetreuer** leisten einen wesentlichen Beitrag zur Konfliktbearbeitung vor Ort und sind daher als wichtige Anlaufstellen beizubehalten. Das Angebot soll innerhalb der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH (GWG) beibehalten und ausgebaut werden. Mit den **anderen Wohnbauträgern** werden Gespräche geführt, inwieweit dieses Angebot übernommen und umgesetzt werden kann. Die HausbetreuerInnen sind dabei mehr als „nur“ die HausbesorgerInnen, wie sie von früher bekannt sind, sie sind die Erstansprechpersonen vor Ort und damit wesentlicher Bestandteil eines sozialen Miteinanders in den Wohngebieten.

Eine **Mehrfachnutzung von öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden** ist erstrebenswert, besonders auch für mehrere Zielgruppen unterschiedlicher Altersgruppen. Die vorübergehende Unterbringung des Kindergartens Garnisonstraße im SZ Franckviertel hat gezeigt, dass beide Nutzergruppen davon profitierten. Ebenso wird künftig darauf geachtet, dass mehrere Bildungseinrichtungen an einem Standort gebündelt sind, um die vorhandene Infrastruktur gemeinsam nutzbar zu machen. Bei der Planung künftiger Neubaugebiete wird besonderes Augenmerk daraufgelegt, dass sich mehrere öffentliche Einrichtungen an einem Ort befinden und die Infrastruktur (wie etwa Freiflächen) gemeinsam genutzt wird.

Wesentlicher Aspekt von leistbarem Wohnraum ist die **Abfederung von Annuitätensprüngen** wie auch das **Eindämmen von Spekulationen auf Immobilien**. Die Stadt Linz tritt mit dem entsprechenden Ersuchen einer Umsetzung an die **Landes- und Bundesregierung** heran.

Einstiegshürden beim **Zugang zu gefördertem Wohnbau** sollen reduziert werden. Ebenso braucht es Maßnahmen, die den Zugang junger Menschen zu leistbarem Wohnraum oder für Menschen mit Problemlagen (z.B. Suchthintergrund) erleichtern. Dahingehend wird die Stadt Linz das **Land Oberösterreich** um Umsetzung ersuchen. Der soziale und geförderte Wohnbau ist die beste Maßnahme, um eine Durchmischung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Damit kann der Bildung von Parallelgesellschaften und sog. „Ghettos“ aktiv entgegengetreten werden.

Gerade die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig der unmittelbare Sozialraum –die Nachbarschaft, der Stadtteil, das Grätzl – nicht nur in Krisenzeiten ist. Ein Aufeinander-Schauen, gegenseitiges Helfen, um andere kümmern etc. sind Aspekte, die nicht nur inschwierigen Zeiten einen zentralen Beitrag für ein gutes Miteinander in der Stadt garantieren.

Soziale Innovation 10: Etablierung einer mobilen Stadtteilarbeit

Die Stadt Linz will daher die Stadtteilarbeit neu denken und einen intensiven Prozess in Gang setzen, wie die Vernetzung von Initiativen und Vereinen vor Ort erfolgen kann und wie Best-Practice-Modelle auf andere Stadtteile umgelegt werden können. Ziel dabei ist eine „Mobile Stadtteilarbeit“, die auf Basis von bereits gemachten Erfahrungen unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten erarbeitet wird. Diese ist temporär in einem bestimmten Stadtteil im Einsatz, um dort aktuelle Themen aufzugreifen und um die BewohnerInnen bei ihren Anliegen zu unterstützen. Die MitarbeiterInnen der mobilen Stadtteilarbeit fungieren als mobile, proaktive MediatorInnen, sie sind unterwegs und fragen nach, welche Anliegen die BewohnerInnen haben. Sie kommen auch zum Einsatz, wenn es konkrete Konflikte gibt. Begleitend dazu braucht es einen Ausbau von bestehenden Präventionsangeboten (Einzugsbegleitung, Delogierungsprävention, aufsuchende Sozialarbeit, ...) zur Vermeidung von Konflikten. Für die Einhaltung gemeinsamer Regeln für ein entspanntes Mit- und Nebeneinander wird die Unterstützung durch Streetwork (B37 OBST - Outreachwork), Ordnungsdienst und Sozialarbeit (Projekt Interdisziplinäre Sozialarbeit im öffentlichen Raum ISAR) benötigt. Die mobile Stadtteilarbeit unterstützt zudem Bewohnerinnen und Bewohner bei Projekten, wie etwa Nachbarschaftsinitiativen, Veranstaltungen im öffentlichen Raum, etc. (siehe dazu auch das Kapitel „Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit“).

Die beiden Stadtteilzentren in Auwiesen und im Franckviertel leisten bereits jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Stadtteilarbeit und Gemeinwesenarbeit. Die zahlreichen Nachbarschaftshilfen, die aufgebaut wurden, sind ein guter Ansatz für einen weiteren Ausbau der sozialraumorientierten Stadtteilarbeit. Das Projekt SPALLER.MICHL hat zahlreiche Expertisen in der Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren erarbeitet. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Initiativen, die Erfahrungen einbringen können.

Einen besonderen Stellenwert erhält künftig zudem die Initiierung von Netzwerken in kleinräumlichen Strukturen, wie etwa in den Stadtteilen. Bereits bestehende Stadtteilnetzwerke dienen dafür als Vorbild. In einem Pilotprojekt soll ein Konzept erarbeitet werden, wie erfolgreiche Modelle auf andere Stadtteile übertragen werden können. Bei bestehenden Stadtteilnetzwerken wird künftig versucht, die Rückkoppelung der Themen vor Ort an die Stadt Linz verstärkt voranzutreiben.

Ziel des Prozesses, der durch das Sozialressort der Stadt Linz geleitet wird, ist die Vernetzung von Initiativen, die Schaffung von Ressourcen und das Finden von Synergien, um eine mobile Stadtteilarbeit auf bestmögliche Beine stellen zu können.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahme**:

**Stadtteilarbeit neu
denken – Konzept
„Mobile Stadtteilarbeit“**

Aufbauend auf Erfahrungen von jetzigen Stadtteil- und Gemeinweseninitiativen startet das Sozialressort der Stadt Linz einen **Entwicklungsprozess**, um ein neues **Konzept** zur **„mobilen Stadtteilarbeit“** unter Einbeziehung von ExpertInnen und Erfahrungen, zu erarbeiten.



Foto: Timon Studler / unsplash.com

Kapitel 8

Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit

Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit

In der Stadt Linz gibt es ein dichtes Netz an Freiwilligen wie auch an Organisationen, in denen freiwilliges Engagement forciert wird. Das Unabhängige LandesFreiwilligenzentrum (ULF) mit seinem Kooperationsnetzwerk ist dabei ein wesentlicher Bestandteil der Ehrenamtsszene. Die Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren in den Seniorenzentren der Stadt Linz (SZL) und die zahlreichen Ehrenamtlichen in den Alten- und Pflegeheimen sind etwas, auf das die Stadt Linz stolz sein kann. Auch in vielen anderen Bereichen, wie etwa der Kinder- und Jugendarbeit oder den Blaulichtorganisationen, sind die freiwillig Engagierten ein zentrales Fundament des sozialen Netzes in der Landeshauptstadt.

Freiwilligenarbeit fordern und fördern

Dennoch muss heutzutage auch Freiwilligenarbeit neu gedacht werden. Viele Menschen können/wollen sich nicht gleich jahrelang für etwas „verpflichten“, sondern suchen nach temporärer Aktivität. Für diese sollen neue Angebote geschaffen werden. Gefragt ist auch eine zielgerichtete und proaktive Suche nach Freiwilligen, die von der Stadt Linz mitgetragen und gefördert wird. Dazu gehört auch, dass aktiv in den Vordergrund gestellt wird, dass die Stadt stolz ist auf die ehrenamtliche Arbeit, die geleistet wird, und dies auch mittels Benefits nach außen zeigt. Auch Linzerinnen und Linzer mit Migrationshintergrund sollen vermehrt angesprochen werden, wie dies in der Integrationsstrategie unter dem Motto „Linz verbindet“ vorgeschlagen wird.

Darüber hinaus fungiert die Stadt Linz künftig vermehrt als Impulsgeberin für diverse Projekte, die die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erhöhen. Folgende Beispiele sind dabei denkbar: Unter dem Motto „Reparieren statt wegwerfen“ gibt es ein Reparaturfestival, an dem sich Profis und Laien beteiligen können. Unter dem Motto „Du kannst was tun“ motiviert die Stadt Linzerinnen und Linzer dazu, etwas selbst zu tun. Am Beispiel Ökologie könnte den BürgerInnen Pflanzensamen zugeschickt werden, die dann an bestimmten Plätzen gepflanzt werden können. Anrainerinnen und Anrainer organisieren gemeinsam „Nachbarschafts(straßen)projekte“ und erhalten Unterstützung von der Stadt Linz. Mit dem Projekt „Voneinander lernen“ wird eine Plattform geschaffen, bei der sich junge und ältere LinzerInnen gegenseitig unterstützen, helfen, also voneinander lernen. Dies könnte gekoppelt sein an eine „Zeit-Bank“, bei der man für Engagement Zeitpunkte erhält, die man wiederum eintauschen kann.

Engagement gegen Vereinsamung

Besonders das ehrenamtliche Engagement von Seniorinnen und Senioren wird in den Vordergrund gestellt, um auch einer drohenden Vereinsamung im Alter frühzeitig entgegen zu wirken. 2019 wurde das Projekt SPALLER.MICHL gestartet, um die über 60-jährigen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile Spallerhof und Bindermichl-Keferfeld zu motivieren, sich freiwillig zu engagieren, um damit ihre Gesundheit zu fördern und sich aktiv am sozialen Leben zu beteiligen. Damit wird der Zusammenhalt zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern gefördert und der sozialen Isolation im Alter entgegengewirkt. Am Ende der Projektphase von SPALLER.MICHL sollen die Ergebnisse evaluiert und erfolgreiche Aspekte nachhaltig umgesetzt sowie Überlegungen zur Übertragung auf andere Stadtteile angestellt werden.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

<p>Entwicklung einer Kampagne „Stolz auf unser Ehrenamt“</p>	<p>In Kooperation mit der Magistratskommunikation wird eine Kampagne zum Thema „Stolz auf unser Ehrenamt“ entwickelt. Ein Teil dieser Kampagne wird ein Preis oder ein Fest für das Engagement sein.</p> <p>Es wird darüber hinaus ein Fördertopf entwickelt, durch den kleine Initiativen/Gruppen unterstützt werden können.</p> <p>Die Stadt Linz fungiert als Impulsgeberin für diverse konkrete Projekte, die die Bürgerbeteiligung erhöhen.</p>
<p>Engagement gegen Vereinsamung</p>	<p>Das Projekt SPALLER.MICHL des ULF wird nach Abschluss des Projekts evaluiert. Die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse daraus werden abgeleitet und auf andere Stadtteile übertragen. Besonders das Pilotprojekt „Besuchsdienste für SeniorInnen“ der Volkshilfe im Rahmen von SPALLER.MICHL wird hinsichtlich Machbarkeit und Erfolg abgewartet und evaluiert.</p>



Foto: Alina Grubnyak / unsplash.com

Kapitel 9

Kooperationen und Netzwerke

Kooperationen und Netzwerke

Die Stadt Linz steht in gutem Kontakt mit den Vereinen und Institutionen, die Leistungen im Auftrag der Stadt für die Linzerinnen und Linzer anbieten. Der regelmäßige Austausch mit relevanten Interessengruppen funktioniert und hat sich bewährt.

Einladung zu gemeinsamen Projektwochen

Intensiviert wird jedoch die Zusammenarbeit zu bestimmten Schwerpunktthemen. Aus diesem Grund werden künftig jährlich gemeinsame Projektwochen initiiert. Vereine und Organisationen werden eingeladen, sich an einer Projektwoche zu einem bestimmten Thema zu beteiligen und gemeinsam in ihren Einrichtungen das Thema zu behandeln. Von der Stadt Linz werden dazu Unterlagen, inhaltliche Inputs und/oder Materialien bereitgestellt. Besonders Kinderbetreuungs-, Jugend- und SeniorInneneinrichtungen werden zu gemeinsamen Aktivitäten eingeladen. Zusätzlich organisiert die Stadt Linz regelmäßig Runde Tische zu bestimmten Themen, um den Linzer Einrichtungen die Gelegenheit zu einem Informationsaustausch und gemeinsamen Netzwerken zu bieten.

Zusammenarbeit mit Wissenschaft intensivieren

Darüber hinaus wird künftig die Zusammenarbeit mit den Linzer Universitäten und Fachhochschulen, wie dies beispielsweise bei der Erstellung des Linzer Sozialprogramms erfolgt ist, verstärkt. Dies betrifft etwa Studierendenprojekte oder die Erstellung von Masterarbeiten zu bestimmten Themen, aber auch die wissenschaftliche Begleitung von Prozessen.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

Abhaltung gemeinsamer Projektwochen des Sozialressorts der Stadt Linz	An Vereine und Institutionen erfolgt die Einladung zu gemeinsamen Projektwochen zu Schwerpunktthemen. Zusätzlich werden zu bestimmten Themen regelmäßig Runde Tische zur Vernetzung und zum Austausch eingerichtet.
Intensivierung der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen	Als Grundlagenarbeit wird die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen in der Stadt Linz verstärkt.

Beteiligung an bundesweiten Projekten

Die Stadt Linz beteiligt sich darüber hinaus an bundesweiten Netzwerken und Initiativen. Aktuell ist das Sozialressort aktiv in zwei Projekte des Netzwerks Gesunde Städte Österreichs eingebunden: „Alter(n) in unserer Mitte“ und „Soziale Netzwerke auf neuen Wegen lebendig halten“. Die Erkenntnisse aus den beiden Projekten fließen nach Abschluss in weitere Aktivitäten des Sozialressorts ein.



Foto: Diego Ph / unsplash.com

Kapitel 10

Soziale Innovationen

Soziale Innovationen

Die Stadt Linz hat viele Projekte und Initiativen gestartet und ermöglicht, die für soziale Innovationen beispielgebend sind. Vorhandene Innovationen, wie die Kindergarten- oder die Schulsozialarbeit, wie auch Jobimpuls werden ausgebaut. Neue Innovationen – die Schatzkiste, der Teenie-Bus oder die mobile Stadtteilarbeit werden umgesetzt. Bei der Bewältigung der Herausforderung Demenzbetreuung wird sozialen Innovationen eine besondere Bedeutung zukommen (müssen). Eine Konferenz der Innovationen, besonders zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Beeinträchtigungen, wird zudem ins Leben gerufen.

Soziale Innovation 1: „Start ins Linzer Leben“ – Elternsozialarbeit

Um einen frühzeitigen Kontakt zu Eltern zu ermöglichen, wird ein Pilotprojekt „Start ins Linzer Leben“ etabliert. Dabei wird ein Team bestehend aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern alle Eltern von Neugeborenen kontaktieren und in erster Linie Hilfe und Unterstützung anbieten und weitere Beratungsangebote vorstellen. In weiterer Folge kann die Sozialarbeit bei Frage- und Problemstellungen unterstützen und gegebenenfalls an entsprechende Einrichtungen vermitteln. Die Elternsozialarbeit ist damit die erste Möglichkeit, um frühzeitig und präventiv zu beraten. Gleichzeitig wird den Eltern das Angebot gemacht, dass für ihr Neugeborenes die Stadt Linz einen Baumsetzling pflanzt und das Kind die Baumpatenschaft erhält.

Soziale Innovation 2: Familienzentrum Kindergarten

Durch das verpflichtende Kindergartenjahr ist der Kindergarten jene Einrichtung, mit der Eltern jedenfalls in Kontakt mit der Stadt Linz kommen. Diese Möglichkeit wird künftig für eine intensivere Elternarbeit genutzt und ausgebaut, damit die Kindergärten langfristig als Erstanlaufstelle fungieren können. Um dies zu implementieren, wird ein Pilotprojekt gestartet. Als erste Ideen dafür gelten Projekte wie „early excellence center“ oder „first stop Kindergarten“. Die Kindergärten werden so zu einem Familienzentrum, wo gebündelt Angebote für Familien in verschiedenen Lebenssituationen zur Verfügung stehen. Im Zuge dessen werden Anreize geschaffen, damit Eltern diese Angebote vermehrt auch in Anspruch nehmen.

Soziale Innovation 3: Kindergartensozialarbeit

Als wichtige soziale Innovation zur Forcierung der Elternarbeit gilt das im November 2017 gestartete Projekt der Kindergartensozialarbeit (KiSa), welches österreichweit Vorzeigecharakter besitzt. Um Familien mit ihren Kindern und die Pädagoginnen und Pädagogen optimal zu unterstützen sowie um Fehlentwicklungen früh zu erkennen bzw. zu entschärfen, braucht es in den Kindergärten Sozialarbeit. Mit einer präventiven, vor Ort angebotenen, niederschweligen Sozialarbeit können auch drohende Kindeswohlgefährdungen erkannt und rechtzeitig abgewendet werden. Sozialarbeit vor Ort leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration der Kinder und deren Familien in die Gesellschaft und in das Sozial- und Bildungssystem. In der Präventionsarbeit nimmt die Kindergartensozialarbeit einen zentralen Stellenwert ein. Eine interne Evaluation ergab, dass Pädagoginnen und Pädagogen wie auch Eltern und Kinder das Projekt als überwiegend positiv sehen und es gut angenommen wird. Daher wird künftig die Anzahl der Standorte ausgebaut. Dieser Ausbau erfolgt in Abstimmung mit der Schulsozialarbeit.

Soziale Innovation 4: Schatzkiste

Zur bindungsgeleiteten Unterstützung der Erziehung in hoch belasteten Familien ab der Geburt bis zum dritten Lebensjahr unterstützt die Stadt Linz den Start des Projekts „Schatzkiste“ der Diakonie, Zentrum Spattstraße. Die soziale Innovation beruht auf den Erfahrungen, dass bei einer bestimmten Zielgruppe von Eltern (Personen mit z.B. schweren psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen und/oder Lernbeeinträchtigung) Bedarf an intensiver Unterstützung besteht, der durch bereits bestehende Angebote nicht abgedeckt werden kann. Mangelnde positive Beziehungserfahrungen und/oder ungünstige Lebenssituationen stören das intuitive Elternverhalten und beeinträchtigen den für eine gesunde kindliche Entwicklung notwendigen feinfühligem Umgang mit dem Kind. Gelingende oder weniger gelingende Interaktionen entwickeln sich aus dem gemeinsamen Beitrag der Mutter beziehungsweise des Vaters und des Kindes. Zentral ist eine Tagesstruktur mit verbindlichen Kernzeiten für Eltern.

Soziale Innovation 5: Teenie-Bus als mobiles Beratungsangebot

Begleitend zum Ausbau der Standorte wird ein Schwerpunkt auf die mobile Teenie-Beratung in Form eines Teenie-Busses gelegt, der die Kinder und Jugendlichen dort aufsucht, wo sie sich aufhalten. Als mobile aufsuchende Jugendarbeit wird die Beratung für Jugendliche und Kinder im öffentlichen Raum sichtbar gemacht. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote variieren inhaltlich und werden auf digitalem Weg, etwa über eine Homepage, eine App oder via soziale Medien vorab bekannt gegeben.

Soziale Innovation 6: Sportsozialarbeit

Als spezielle Form der Gemeinwesenarbeit mit dem Schwerpunkt Kinder und Jugendliche wird ein Pilotprojekt Sportsozialarbeit initiiert. Im Rahmen dessen tourt ein Team bestehend aus SozialarbeiterInnen und SportlerInnen durch die Stadt Linz und setzt in Parks, Spielplätzen, öffentlichen Freiräumen etc. Angebote für Kinder und Jugendliche, die sich dort aufhalten. Der niederschwellige Zugang über ein sportliches Mitmach-Angebot soll vor allem Kinder und Jugendliche erreichen, die ansonsten die Einrichtungen der Stadt Linz und der Vereine nicht nutzen. Die Sportsozialarbeit bedient sich in ihrer Arbeit dem breiten Netzwerk an Einrichtungen, Sportvereinen und Organisationen im jeweiligen Stadtteil bzw. Angebote der Stadt Linz.

Soziale Innovation 7: Technologische Ansätze in der Demenzbetreuung

Die große Herausforderung der Zukunft liegt in der Betreuung demenzerkrankter Seniorinnen und Senioren. Beim Bau von neuen SeniorInneneinrichtungen wird daher – wie bereits beim Bau des SZ Liebigstraße – auf diese besondere Herausforderung Rücksicht genommen. Dies gilt auch für den Bau eines neuen Tageszentrums, sollte der Bedarf mit den aktuellen Zentren nicht mehr gedeckt werden können.

Zudem braucht es besonders in der Demenzbetreuung eine Verbindung zwischen sozialen und technischen Innovationen. Die Stadt Linz wird daher in Kooperation mit dem Innovationsbüro vermehrt technische Innovationen forcieren, die Demenzerkrankten Unterstützung und Hilfe anbieten sowie das Pflegepersonal vor Ort entlasten. Diese technischen Innovationen sollen darüber hinaus auch Möglichkeiten bieten, den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Soziale Innovation 8: Konferenz der Innovationen

Als Stadt der Innovationen wird die Stadt Linz – trotz formaler Zuständigkeit beim Land Oberösterreich – das Thema Innovationen und Beeinträchtigungen aufnehmen und zu einer Konferenz der „Innovationen für beeinträchtigte/behinderte Menschen“ einladen. Ziel dabei ist die Förderung digitaler Innovationen und die Vernetzung mit innovativen Firmen, um eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen zu erreichen. Zentral ist die Frage, wie dafür technische Innovationen genutzt werden können.

Soziale Innovation 9: Jobimpuls

Das Beschäftigungsprogramm Jobimpuls der Stadt Linz ist bereits im Regelbetrieb enthalten und gilt dennoch bis heute als sozial innovativ. Jobimpuls bietet Menschen, die am ersten Arbeitsmarkt nicht ohne Unterstützung und Vorbereitung eine Beschäftigung erlangen können, Arbeitsintegration, Betreuung am Arbeitsplatz sowie Aus- und Weiterbildung an. Das Programm richtet sich an Menschen, die Mindestsicherung beziehen und trotz entsprechender Bemühungen keine Erwerbsmöglichkeiten finden. Jobimpuls leistet im Zuge der Chancengleichheit berufliche Integration für Menschen mit Beeinträchtigungen und beschäftigt zudem Menschen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Maßnahme wird laufend erweitert und aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Erst im Jahr 2020 wurde unter anderem bedingt durch die Corona-Pandemie die maximale Beschäftigungsdauer von 10 Jahren für Menschen mit Beeinträchtigungen aufgehoben.

Soziale Innovation 10: Etablierung einer mobilen Stadtteilarbeit

Die Stadt Linz will daher die Stadtteilarbeit neu denken und einen intensiven Prozess in Gang setzen, wie die Vernetzung von Initiativen und Vereinen vor Ort erfolgen kann und wie Best-Practice-Modelle auf andere Stadtteile umgelegt werden können. Ziel dabei ist eine „Mobile Stadtteilarbeit“, die auf Basis von bereits gemachten Erfahrungen unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten erarbeitet wird. Diese ist temporär in einem bestimmten Stadtteil im Einsatz, um dort aktuelle Themen aufzugreifen und um die BewohnerInnen bei ihren Anliegen zu unterstützen. Die MitarbeiterInnen der mobilen Stadtteilarbeit fungieren als mobile, proaktive MediatorInnen, sie sind unterwegs und fragen nach, welche Anliegen die BewohnerInnen haben. Sie kommen auch zum Einsatz, wenn es konkrete Konflikte gibt. Begleitend dazu braucht es einen Ausbau von bestehenden Präventionsangeboten (Einzugsbegleitung, Delogierungsprävention, aufsuchende Sozialarbeit, ...) zur Vermeidung von Konflikten. Für die Einhaltung gemeinsamer Regeln für ein entspanntes Mit- und Nebeneinander wird die Unterstützung durch Streetwork (B37 OBST - Outreachwork), Ordnungsdienst und Sozialarbeit (Projekt Interdisziplinäre Sozialarbeit im öffentlichen Raum ISAR) benötigt.

Neue soziale Innovationen ermöglichen

Linz bietet Innovationen Raum und Ressourcen. Um besonders sozialen Innovationen einen höheren Stellenwert zu bieten, braucht es künftig eine Plattform, die es ermöglicht, soziale Innovationen zu finden und weiter zu entwickeln. Die Stadt Linz wird dabei vorausdenken, um den gesellschaftlichen Wandel zu berücksichtigen. Um soziale Innovationen nachhaltig zu fördern, braucht es finanzielle Ressourcen und Anreize, wie auch den Mut Neues (temporär) auszuprobieren. Städtische Einrichtungen können als Zentrum zum Forschen und Ausprobieren neuer Methoden und Ansätze genutzt werden.

Um dies verstärkt zu ermöglichen, wird in der Stadt Linz eine Stelle für ein/e Beauftragte/n für soziale Entwicklungen und sozialen Innovationen eingerichtet, der entsprechende Basisarbeit leistet und als Ansprechperson für diverse Initiativen dient.

Die **Stadt Linz** setzt daher im Rahmen des Linzer Sozialprogramms folgende **Maßnahmen**:

<p>Entwicklungsfördertopf für soziale Innovationen – Preis für „Soziale Innovationen“</p>	<p>Jährlich werden finanzielle Mittel für einen Entwicklungsfördertopf zur Verfügung gestellt. Dafür können Projekte zu sozialen Innovationen eingereicht werden. Eine Zusammenarbeit mit dem Innovationsbüro wird angestrebt. Dazu werden Start-Ups bzw. Firmen, Vereine sowie Einzelpersonen eingeladen soziale Innovationen einzureichen unter denen die beste Idee einen Preis erhält, um die Innovation auszuprobieren und gegebenenfalls nachhaltig zu implementieren.</p>
<p>Engagement gegen Vereinsamung</p>	<p>Die Stadt Linz richtet eine Stelle für eine/n Beauftragte/n für soziale Entwicklungen und Innovationen ein, der als zentrale Ansprechperson für diesen speziellen Themenbereich dient.</p>

Literatur

Amt der OÖ Landesregierung, Abteilung Kultur/ Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz/ Dyk, Irene/ Wegscheider, Angelika (Hrsg.) (2015). Hilfe. Lebensrisiken Lebenschancen. Soziale Sicherung in Österreich. Linz: Amt der OÖ Landesregierung

Allport, Gordon W. (1979 [1954]). The nature of prejudice. Reading: Persus Books.

Bacher, Johann (1993). Vorwort des Herausgebers. In: Bacher, Johann (Hrsg.) Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Stadt Wels. Linz: Sozialwissenschaftliche Vereinigung. S. VII-IX.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2015). Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2014. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Online verfügbar unter: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=327> (dl: 4.5.2021).

Dahme, Heinz-Jürgen / Wohlfahrt, Norbert (2011). Einleitung. Kommunale Sozialpolitik – neue Herausforderungen, neue Konzepte, neue Verfahren: In: Dahme, Heinz-Jürgen / Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.) Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: VS Verlag, S. 9-18.

Dimmel, Nikolaus (2012). Handlungsspielräume kommunaler Sozialpolitik. In: Brandstetter, Manuela/ Schmid, Tom/ Vyslouzil Monika (Hrsg.): Community Studies aus der Sozialen Arbeit. Theorien und Anwendungsbezüge aus der Forschung im kleinstädtischen/ländlichen Raum. Sozialpädagogik Band 16. Wien: LIT Verlag. S. 139-176.

European Commission (2011). Europe 2020 Flagship Initiative Innovation Union. Luxembourg: Publications Office of the European Union. Online verfügbar unter:

https://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/innovation-union-communication-brochure_en.pdf (dl: 4.5.2021).

Europaparlament (2020). Parlament will Obdachlosigkeit in der EU beenden. Online verfügbar unter:

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20201119STO92006/parlament-will-obdachlosigkeit-in-der-eu-beenden> (dl: 30.4.2021)

Fachhochschule Oberösterreich (2019). „Linzer Sozialprogramm 2020. Empirische Grundlage für die Stadt Linz“.

Fachhochschule Oberösterreich (2020). Forschungsbericht: „Linz-Sozial 2020. Soziale Herausforderungen und Lösungswege ausgewählter Zielgruppen“.

Fink, Marcel/ Leibetseder, Bettina (2019). Die Österreichische Mindestsicherungsreform 2010: Von der Armut- zur Arbeitsmarktpolitik. Austrian Journal of Political Science, 48(1), 19-36.

Grausgruber Alfred (2019). Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat. In Bacher, Johann et al. (Hrsg.) Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich Trends 1986-2016. Wiesbaden: Springer VS, S. 457-484.

Grohs, Stephan/ Reiter, Renate (2014). Kommunale Sozialpolitik. Handlungsoptionen bei engen Spielräumen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/11017.pdf> (dl: 4.5.2021).

Haller, Max/ Müller Kmet, Bernadette (2019). Die Wertorientierungen der Österreicher_innen. Eine Analyse auf Basis des Wertemodells von S.H. Schwarz. In Bacher, Johann et al. (Hrsg.) Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich Trends 1986-2016. Wiesbaden: Springer VS, S. 25-50.

Häusermann, Silja/ Enggist, Matthias/ Pinggera, Michael (2019). Sozialpolitik in Hard Times. In: Obinger, Herbert/ Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Handbuch Sozialpolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 33-54.

Howaldt, Jürgen/ Schwarz, Michael (2010). Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und -perspektiven. In: Howaldt, Jürgen/ Jacobsen, Heike (Hrsg.): Soziale Innovation – Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden: Springer VS, S. 87-108.

IBE (2019). Lebensstadt Linz. Literaturreview zur Entwicklung des Sozialprogramms 2020.
(Autoren: Sandra Rigler, Johann Bacher, Loren Grbic, Thomas Lankmayer).
Linz: Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung (IBE)

Kepplinger, Brigitte (2015) Zur Geschichte der sozialen Sicherung in Österreich. In: Amt der OÖ Landesregierung, Abteilung Kultur u.a. (Hrsg.) Hilfe. Lebensrisiken Lebenschancen. Soziale Sicherung in Österreich.
Linz: Amt der OÖ Landesregierung. S. 46-61.

Kersting, Norbert (Hrsg.) (2017). Urbane Innovation. Wiesbaden: Springer VS.

Luger, Klaus (Hrsg.) (2019). Innovationsprogramm/ Leitlinien für die innovative Zukunft von Linz. Linz: Stadt Linz.
Online verfügbar unter: <https://www.linz.at/images/files/Innovationsprogramm.pdf> (dl. 04.05.2021)

Magistrat der Stadt Linz (Hrsg.) (2011). Lebensstadt Linz. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Das Linzer Sozialprogramm 2011.
Linz: Magistrat der Stadt Linz. Online verfügbar unter: https://www.linz.at/images/LinzerSozialprogramm_2011.pdf (dl: 4.5.2021).

Magistrat der Stadt Linz. Linz Zahlen. Online verfügbar unter <https://www.linz.at/zahlen/>.

Magistrat der Stadt Linz (Hrsg.) 2020. Integrationsstrategie Linz – Vielfalt.Gemeinsam.Leben. Linz: Magistrat der Stadt Linz.
Online verfügbar unter: https://www.linz.at/images/files/Integrationsstrategie_Linz_2020.pdf (dl. 4.5.2021)

Moulaert, Frank/ MacCallum, Diana/ Hillier, Jean (2013). Social innovation: intuition, precept, concept, theory and practice.
In: Moulaert, Frank/ MacCallum, Diana/ Mehmood, Abid/ Hamdouch, Abdelillah (Hrsg.): The International Handbook on Social Innovation – Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar Publishing, S. 13-24.

Mulgan, Geoff (2006). The Process of Social Innovation. Innovations: Technology, Governance, Globalization, 1(2), 145-162.

Obinger, Herbert/ Petersen, Klaus (2019). Die historische Entwicklung des Wohlfahrtsstaates. Von den Anfängen bis zum Ende des Goldenen Zeitalters. In: Obinger, Herbert/ Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Handbuch Sozialpolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 9-32.

Oö. L-VG (2019). Oö. Landes-Verfassungsgesetz vom 23.10.1991 (LGBl. 1991/122) mit allen späteren Änderungen einschließlich der Änderungen des Oö. Landes-Verfassungsgesetzes vom 30.4.2019, in: LGBl. 2019/39.

Oö. SHG (2018). Oö. Sozialhilfegesetz vom 16.10.1998 (LGBl. 1998/82) mit allen späteren Änderungen einschließlich der Änderungen des Oö. Sozialhilfegesetzes vom 11.7.2018, in: LGBl. 2018/55.

Pettigrew, Thomas Fraser / Tropp, Linda R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory.
Journal of Personality and Social Psychology, 90(5), 751–783.

Schenk, Martin/ Stelzer-Orthofer, Christine (2014). Handbuch Armut in Österreich.
Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Innsbruck: Studienverlag.

Tálos, Emmerich/ Obinger, Herbert (2020). Sozialstaat Österreich (1945-2020).
Entwicklung - Maßnahmen - internationale Verortung. Innsbruck: Studienverlag.

Walter, Andrea/ Zimmer, Annette (2017). Soziale Innovation. Auf die Verwaltung kommt es an. In: Kersting Norbert (Hrsg.): Urbane Innovation [aus der Reihe Stadtforschung aktuell]. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 57-79.

Vereinte Nationen (1948). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Online verfügbar unter:
<https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (dl: 4.5.2021).

